

**12. isw-forum**

# **Globalisierung & Wirtschaftskrise**

**Alternativen zu Massenarbeitslosigkeit  
und Sozialabbau**



**isw** \_\_\_\_\_ **REPORT\_NR.59**

*institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.*

*Schutzgebühr: 3,00 Euro*

# Inhalt

---

## Editorial

Conrad Schuhler: Neue Aspekte der globalen Wirtschaftskrise .....	2
Michael Wendl: Wirtschaftspolitische Alternativen zum neoliberalen Modell .....	7
Wolfgang Müller: Der Kampf um Reformen und die Transformation des Kapitalismus .....	11
Werner Seppmann: Ausgrenzung als Herrschaftsstrategie des neoliberalen Kapitalismus .....	15
Leo Mayer: Zur Bildung eines politischen Blocks gegen die Vorherrschaft des Neoliberalismus .....	21
Podiumsdiskussion: Wende wohin – und wer soll sie durchsetzen? .....	26
Die Autoren	

## Impressum

### **isw-report 59, September 2004**

Herausgeber: isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.  
80639 München, Johann-von-Werth-Str. 3, Tel. 089/130041 Fax: 168 94 15  
email: isw\_muenchen@t-online.de, www.isw-muenchen.de

Konto: Sparda Bank München, Konto-Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)  
IBAN: DE49 7009 0500 0000 9834 20, Swift-Code: GENODEF1S04

Redaktion und verantwortlich im Sinne des Presserechts: Conrad Schuhler  
Titelgrafik: Bernd Bücking, Layout: Monika Ziehaus

Redaktionsschluss: 15. August 2004

Druck: Das Freie Buch, München

Schutzgebühr: 3,00 EUR

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Genehmigung des isw e.V.

## editorial

Die vorliegenden Texte geben die Referate wieder, die auf dem 12. Forum des isw in München Anfang Juli 2004 gehalten wurden. Mehr als hundert Interessierte aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen nahmen an der Tagung zu "Globalisierung & Wirtschaftskrise – Alternativen zu Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau" teil. Die hohe Teilnehmerzahl und die lebhaftige Diskussion weisen auf die sich entwickelnde Kraft des sozialen Protests und Widerstands hin und auch auf das gestiegene theoretische Niveau und Interesse der Aktiven. Sowohl in den Referaten wie in den Diskussionen traten klare Kontroversen zu Tage – weniger in der Analyse der kapitalistischen Gesellschaft als in den Vorstellungen, wie die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus zu überwinden sei und welches Ziel ein zu schaffender "anti-neoliberaler Block" anzusteuern habe.

Im einleitenden Referat untersuchte *Conrad Schuhler* die "Strukturmerkmale des globalen Kapitalismus", als deren grundlegendes er die Herausbildung globaler wirtschaftlicher Parameter kennzeichnete, die für alle "Volkswirtschaften" und Kulturen verbindlich seien. Ricardos Theorem der Nutzung komparativer Kostenvorteile einzelner Volkswirtschaften im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung erweise sich dementsprechend als ebenso untauglich wie die Vorstellung nationaler Sondervarianten kapitalistischer Entwicklung. Die Dominanz der globalen Finanzmärkte stelle die finanzielle Akkumulation vor die reale an die erste Stelle mit der Folge weiter zugespitzter Krisenhaftigkeit im Weltmaßstab. Der "Ressourcen-Imperialismus", die militärische Sicherung vor allem der Energieträger, machten Krieg und Demokratieabbau per "Antiterror-Gesetzen" zu permanenten Erscheinungen. Die Menschheit könne sich, wenn sie überleben wolle, diesen globalen Kapitalismus nicht mehr leisten.

Auch *Michael Wendt* analysierte die Dominanz des Finanzkapitals über Realkapital und Lohnarbeit. Das Realkapital wälze die gestiegenen Kapitalkosten auf die Lohnarbeit ab. Der wesentliche Grund der Krise bestünde in der Weigerung der Kapitalbesitzer, die ökonomischen Folgen einer objektiv abnehmenden Knappheit des Kapitals zu akzeptieren (Deutschmann). So entstehe die Notwendigkeit, die überschüssigen Ersparnisse abzuschöpfen und in den ökonomischen Kreislauf zurückzulenken. Da die Vermögensbesitzer dies selbst nicht täten, müsse der Staat diese Aufgabe übernehmen. Auf diese Konstellation könne angemessen nur mit einem keynesianischen makroökonomischen Modell reagiert werden.

Für *Wolfgang Müller* tritt die Bundesrepublik Deutschland derzeit in eine dritte Phase der Entwicklung der Klassenverhältnisse: nach dem Wirtschaftswunder mit der Industriearbeiterschaft als wichtiger und anerkannter sozialer Kraft und nach dem Aufstieg der Mittelklasse hätten wir es nun mit der Verarmung breiter Bevölkerungsschichten und der Tatsache zu tun, dass auch die "Neue Mitte" zunehmend unter sozialen Druck gerate. Neben die sozialen Einschnitte durch sogenannte Reformen trete das Instrument der Verlagerung auch hochqualifizierter Arbeitsplätze in Niedriglohnländer. Nötig sei eine breit angelegte Aufklärungsarbeit, die nicht auf "Revolution" orientieren könne, sondern klar machen müsse, dass den Opfern des globalen Kapitalismus wachsende Privilegien und immenser Reichtum der führenden Schicht gegenüber stünden.

Obwohl die Blöcke der Perspektivlosen und Bedürftigen immer größer würden, führte *Werner Seppmann* aus, hielten sich die delegitimierenden Konsequenzen für die "Marktwirtschaft" in Grenzen. Durch den Krisendruck sei ein großer Teil der abhängig Beschäftigten in "ideologische Geißelhaft" genommen und ihnen die Welt-sicht des Kapitals aufgedrängt worden. Neben die Ausgrenzung der Verlierer als "Versager" träten zusätzliche Polarisierungsmomente innerhalb der Basisbereiche der Arbeiterschaft, die in Kern- und Randbereiche mit unterschiedlichen sozialen Standrads aufgeteilt würden. Krisenopfer und "Etablierte" müssten ihre Interessen-identität begreifen und eine gemeinsame Handlungsperspektive erarbeiten.

Bei der Bildung eines politischen Blocks gegen die Vorherrschaft des Neoliberalismus, argumentierte *Leo Mayer*, käme es einerseits darauf an, die Neugier auf ein selbstbestimmtes, solidarisches Leben jenseits des Kapitalismus zu wecken. Gleichzeitig aber müsse beachtet werden, dass gesellschaftliche Alternativen nicht am "Grünen Tisch" oder aus Wunschvorstellungen über eine "Schöne Neue Welt" entstehen könnten. Alternativen entstünden aus der Konfrontation entgegengesetzter sozialer Klassen und übergreifender gesellschaftlicher Blöcke zur Lösung der gesellschaftlichen Widersprüche und aus den angesammelten Erfahrungen der sozialen Bewegungen. Jetzt gelte es, den zersplitterten Protest und Widerstand zu einem gesellschaftlichen Block gegen den Neoliberalismus zu vereinigen.

Die abschließende Podiums- und Publikumsdiskussion kreiste vor allem um drei Punkte:

- 1) Brauchen wir in den Abwehrkämpfen gegen die neoliberale Dominanz ein ausgeprägtes Bild des Ziels einer menschenwürdigen Gesellschaftsordnung, und wie würde diese aussehen?
- 2) Lässt sich eine sozialstaatliche, humane Regulierung des Systems im Rahmen der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse vorstellen, oder brauchen wir den radikalen Bruch mit dem Kapitalverhältnis und den Kampf um Reformen, die an den Bruch mit der Logik des globalen Kapitals heranzuführen?
- 3) Welche Rolle können und müssen die Gewerkschaften dabei spielen? Sind sie grundsätzlich nur "defensive Organisationen", oder müssen sie sich zu sozialen Bewegungen entwickeln, die notwendigerweise im politischen Raum aktiv werden müssen?

Conrad Schuhler

## Neue Aspekte der globalen Wirtschaftskrise

Bevor ich auf einige prinzipielle Aspekte der globalen Krise eingehe, die wir deshalb als "neue" bezeichnen, weil sie der neuen Struktur der globalen Wirtschaft entspringen, möchte ich mich kurz mit dem aktuellen Stand der Weltkonjunktur und speziell der Konjunkturlage in Deutschland befassen. Im letzten OECD-Bericht vom Mai 2004 wird von einer Erholung in einigen wichtigen Staaten und Regionen der Weltwirtschaft gesprochen, aber als zentrales Problem herausgestellt, dass es sich um eine regional gesplante Erholung handelt, an der Kontinentaleuropa und vor allem Deutschland kaum teilhaben. Während den USA für 2004 ein Wachstum von 4,7 % und den OECD-Ländern insgesamt eines von 3,4 % vorausgesagt werden, bleibt die Euro-Region mit 1,6 % weit dahinter, und das spezielle Sorgenkind der Euro-Länder ist, wie gesagt, Deutschland, das im letzten Jahr sogar ein knappes "Minus-Wachstum" zustande brachte. Die OECD nennt als Hauptgrund für die Schwäche Deutschlands: "zu geringe Binnennachfrage und zu geringe Staatsausgaben". Diese Faktoren der Schwäche sind also gerade das, was die neoliberale Politik noch verschärfen will: die Arbeitnehmerentgelte, das Herzstück der kaufkräftigen Nachfrage, und die Sozialtransfers und die Staatsausgaben insgesamt sollen noch mehr gesenkt werden. Damit würden die Bremsen für die Konjunktur noch schärfer angezogen.

Nun wird diese Art von Statistiken dem wahren Problem des Wirtschaftswachstums ohnehin nicht gerecht. Als Wachstum gemessen wird auch die Zunahme der Bergungsfahrten für Verkehrstote; selbstverständlich auch die neuesten Hightech-Waffen für die Gefechtsfelder im "Krieg gegen den Terror"; auch die Produktion von elektrischen Schlagstöcken für die Mannschaften auf Guantanamo gehören dazu, ebenso wie die Ausgaben für die Söldner, die die Tausende Kilometer langen Gas- und Ölleitungen durch Zentralasien oder den Nahen Osten zu bewachen haben, oder auch der Neubau von noch mehr Autobahnen oder die Aufrüstung von Atomkraftwerken. Will sagen: Diese Wachstumszahlen sind blind für die Qualität der Waren, die da wachsen und blind für die sozialen Bedingungen, die die Wirtschaftsstruktur den Menschen lokal und global beschert. Dennoch haben sie eine Aussagekraft, nämlich die, dass die neoliberale Propaganda, wonach man jetzt Opfer bringen müsse, damit die Wirtschaft gründlich in Gang komme und alle wieder zu Beschäftigung und höherem Einkommen kämen, unwahr ist. Nicht nur, dass wir ein inhumanes Wachstum, das ohne Rücksicht auf soziale und ökologische Kosten hervorgestampft werden soll, ablehnen – wir können auch nachweisen, dass diese neoliberale Wirtschaftspoli-

tik die Grundlagen für jede Art von Wachstum, an dem eine wachsende Zahl von Menschen teilhaben könnte, aushöhlt und schließlich zerstört.

### Deutschland beweist das Scheitern der neoliberalen Rezepte

Am Beispiel Deutschland lässt sich das Fatale an den neoliberalen Rezepten beispielhaft aufzeigen. Deren Botschaft, die Arbeitskosten und damit die Masseneinkommen zu senken, wird hier seit vielen Jahren streng befolgt. Während die Arbeitsproduktivität von 1991 auf 2003 um 24 % gestiegen ist, sind die Reallöhne im selben Zeitraum um 4,1 % gefallen. Die Nettolohnquote – d.h. der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen – sank von 49,6 auf 42,7 %, also um fast 20 %. Dementsprechend niedrig waren die sog. Lohnstückkosten, die das Verhältnis von Arbeitnehmerentgelt zu Arbeitsproduktivität messen. Im Arbeitnehmerentgelt sind übrigens auch alle Lohnnebenkosten enthalten. Von 1996 bis 2000 sind die Lohnstückkosten in Deutschland um 0,2 % gestiegen, die niedrigste Quote aller Industrieländer außer Japan. 2002 wuchs sie in Deutschland um 0,8 %, im gesamten EU-Raum hingegen um 2,3 %. Deutschland ist also keineswegs der "kranke Mann Europas". Was die Arbeitskosten im Verhältnis zum Arbeitsergebnis angeht, ist Deutschland vielmehr der Athlet Nr. 1 in Europa.

Ganz folgerichtig wurde Deutschland mit seinen geringen Lohnstückkosten sowohl Exportweltmeister – 10,5 % aller Weltexporte entfallen auf Deutschland, das nur 1,2 % der Weltbevölkerung ausmacht – als auch, zusammen mit Japan, Weltmeister in den Exportüberschüssen. Im letzten Jahr überwogen die Exporte die Importe um 130 Milliarden Euro, mehr als das Doppelte der Nettoinvestitionen, die in dieser Zeit getätigt wurden. Für 2004 erwartet die Bundesregierung einen weiteren Exportzuwachs von 5,8 % – der einzige nennenswerte Anstieg bei den volkswirtschaftlichen Nachfragefaktoren. Der Positivfaktor an internationaler Wettbewerbsfähigkeit wird aber mit dem entsprechenden Minusfaktor an Binnennachfrage außerordentlich teuer erkaufte. Der private Konsum ist mit 57 % der mit Abstand größte Nachfragefaktor. Während aber der Anteil der Löhne und Gehälter am BIP ständig sinkt, steigt der Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen, der Einkommensanteil der Reichen. Auch für 2004 ist das so vorgesehen. Hier sollen die Arbeitnehmerentgelte nominal um 1 % steigen, die Unternehmens- und Vermögenseinkommen jedoch um 4,8 %. Es ist aber so, dass die Grenzneigung

zum Konsum mit dessen Wachstum abnimmt, d.h. der Anteil des Einkommens, der für Konsum ausgegeben wird, fällt mit der Höhe des Einkommens. Durch die Vertiefung der Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung wird also der größte Nachfragefaktor, der private Konsum, weiter beschädigt.

Nun hält die neoliberale Propaganda dagegen, dass höhere Gewinneinkommen deshalb nötig seien, weil dadurch mehr Mittel für Investitionen zur Verfügung stünden, Nachfrage also nicht für konsumtive Zwecke, sondern für Investitionsausgaben wirksam würde. Die Realität hat diese Behauptung längst widerlegt. 2003 sind die Unternehmensinvestitionen das dritte Jahr in Folge zurück gegangen und liegen jetzt real bei dem Niveau von 1991, obwohl die Unternehmensgewinne um 75 % über dem Stand von 1991 liegen. Es besteht also keineswegs ein positiver Zusammenhang zwischen der Höhe der Gewinne und der der Investitionen. Dies hat folgende strukturellen Gründe:

1) Dank der anhaltend schwachen Nachfrage liegt die Kapazitätsauslastung in Deutschland nur bei knapp über 80 %. Geringe Nachfragezuwächse führen kaum zu Neuinvestitionen, sondern bloß zu einem Hochfahren der schon vorhandenen Kapazitäten.

2) Die sog. Kapitalproduktivität steigt – den selben Output kann ich mit einem geringeren Einsatz an Investitionsmitteln erzielen. Die USA haben ihre Zuwächse in den letzten Jahren mit relativ geringerem Arbeits- und geringerem Kapitaleinsatz erzielt. Zum grundsätzlichen Problem des relativen Rückgangs der privaten Nachfrage tritt das neue Strukturproblem sinkender Nachfrage nach Produktionsmitteln selbst bei vorhandenem, aber nicht ausreichendem Wachstum.

3) Durch die ungleiche Einkommensverteilung sind die privaten Geldvermögen in den letzten 30 Jahren in Deutschland doppelt so schnell gewachsen wie das BIP. Sie machen heute das Doppelte des BIP aus und liegen damit um das Zehnfache über dem jährlichen Bruttoinvestitionsvolumen. Von diesen Bruttoinvestitionen werden 80 % aus den Abschreibungen finanziert, die Nettoinvestitionen machen nur knapp 60 Milliarden Euro aus. Die privaten Geldvermögen im Lande sind fast 70 mal höher! Es liegt auf der Hand, dass die Geldvermögensbesitzer die erwartete und verlangte Rendite gar nicht durch produktive Investitionen im Inland erzielen können. Die neuen Anlagefelder sind v.a. Privatisierungen (wodurch keine neue Produktion entsteht, sondern nur neues privates Eigentum), sind Spekulationen aller Art und sind Investitionen ins Ausland. Den Geldvermögensbesitzern geht es immer weniger um reale Akkumulation, sondern um finanzielle Akkumulation, die vom realen Produktionsprozess immer mehr entkoppelt wird.

Selbst die Bundesregierung hat in ihrem "Jahreswirtschaftsbericht 2004" privaten Konsum, Staatsausgaben und Investitionen als Belebungs-faktoren der Konjunktur abgeschrieben. Der kategorische Imperativ lautet wörtlich: "Außenwirtschaft setzt konjunkturelle Erholung in Gang." Was hier als "Außenwirtschaft" bezeichnet wird, ist im wesentlichen der Markt der USA. Dem Euro-Raum wird von der OECD insgesamt das Problem zu schwacher Binnenmärkte attestiert, von hier können keine Impulse kommen. Die USA hingegen haben mit ihrer Tiefzinspolitik und ihren gewaltigen Haushaltsdefiziten dem privat

verfügbaren Einkommen jährlich zusätzlich 700 Milliarden Dollar draufgesattelt, so dass sie noch mehr als in der Vergangenheit als Staubsauger der Weltnachfrage fungieren konnten. China hat im letzten Jahr im Handel mit den USA einen Exportüberschuss von 125 Milliarden Dollar erzielt, Japan einen solchen von 60 Milliarden und Deutschland von 40 Milliarden Dollar. Ein Drittel des gesamten deutschen Exportüberschusses wird im Handel mit den USA erzielt. Bricht der Markt dort ein oder wird er auch nur spürbar enger, ist der letzte deutsche Konjunkturimpuls dahin. Und in diese Situation kommen wir gerade.

## Export-Staubsauger USA vor Problemen

Denn die Nachfragequalität der USA beruht nicht auf einer besonderen volkswirtschaftlichen Substanz des Landes, sondern einzig und allein auf seiner hohen Fähigkeit zur Verschuldung. Das Leistungsbilanzdefizit der USA, das im letzten Jahr auf über 500 Milliarden Dollar – 5 % des gesamten BIP – gewachsen ist, wurde finanziert durch das Ausland, das in der selben Höhe Dollar kaufte, und so den USA das Geld in die Hand drückte, sich die Produkte aus aller Welt anzueignen. Die chinesische und die japanische Staatsbank allein haben durch den Kauf von US-Staatspapieren drei Viertel des US-Leistungsbilanzdefizits finanziert. Durch den Kauf von US-Dollars wollten sie deren Kurs möglichst hoch halten, um die eigenen Exportmöglichkeit zu wahren.

Die Folge dieser Art von Weltkonjunkturpolitik – die USA eignen sich mit dem Geld der übrigen Nationen einen wachsenden Teil von deren Produktion an – ist eine immense Verschuldung der USA auf allen Ebenen. Der Wert der ausländischen Aktiva in den USA, die Schulden der USA an das Ausland sind, macht fast den gesamten Wert des BIP aus. Die staatliche Verschuldung beläuft sich auf fast 7 Billionen Dollar, das sind 70 % des BIP. Allein für den Schuldendienst muss Washington jährlich fast 4 % des BIP verwenden. Die Privatschulden in den USA haben die historische Marke von 1,7 Billionen Dollar erreicht. Der US-Durchschnittshaushalt muss heute 13 % seines verfügbaren Einkommens allein für den Schuldendienst aufbringen. Diese Schulden-Nation kann ihren Standard nur halten, wenn der Treibstoff, das Geld von außen, weiter zur Verfügung steht. Letzten Endes müssen die USA, sollen die Finanzströme weiter herein kommen, ihren Zins erhöhen, um die Anlage in Dollar rentabler zu machen. Dies haben sie gerade mit der aktuellen Erhöhung des Diskontsatzes begonnen – es war der erste Schritt einer langfristig geplanten Strategie eines teureren Dollars. Was aber als Lockmittel für Auslandskapital wirkt, dämpft die wirtschaftliche Aktivität und Nachfrage. Die Kredite für Unternehmen werden teurer, die Hypothekenzinsen steigen – was in den USA einer staatlich verordneten Mieterhöhung gleichkommt, denn die meisten US-Bürger wohnen in eigenen, hypothekefinanzierten Häusern –; die Konsumentenkredite ziehen an, ein erheblicher Faktor, wenn man bedenkt, dass allein die Kreditkartenschulden eines US-Haushalts im Durchschnitt 9.000 Dollar betragen. Die Nachfrage der letzten Instanz, der US-Markt, wird also schrumpfen. Für die deutsche Wirtschaft, die nur auf den Faktor des Exports als Konjunkturbelebung setzt, wird dies ebenso gravierende Folgen haben wie für den Rest der globalen Wirtschaft, die

in aller Regel eine ähnliche Strategie verfolgt wie die Deutschen. Die Weltkonjunktur wird allgemein gedämpft werden, die deutsche Konjunktur speziell wird in ihre Krisenlage zurück gestoßen.

Die neoliberalen Propheten eines globalen Wirtschaftsaufschwungs werden sich wieder einmal blamieren. Der globale Kapitalismus kann seine ökonomistischen Versprechen nicht einlösen. Dafür schreitet er voran in der Ruinierung schon erreichter sozialer Standards, in der Verbreitung von Hunger und Armut, in der Militarisierung der internationalen Beziehungen, in der Denaturierung des menschlichen Lebens und in der Beanspruchung der Natur als bloße Faktoren der Rentabilität. Für diese Entwicklung sind Strukturmerkmale des globalen Kapitalismus verantwortlich, die ich im folgenden kurz skizzieren möchte.

## Strukturmerkmale des globalen Kapitalismus

**1)** Globalisierung bedeutet eine prinzipiell neue Art von globaler wirtschaftlicher Verflechtung. In der Herausbildung der "globalen Fabrik" und der Dominanz eines globalen Finanzmarktes haben wir es mit einem Prozess der Transformation einer Gesellschaftsformation zu tun, die vergleichbar ist mit der "great transformation" beim Übergang zum industriellen Kapitalismus vor rund 200 Jahren. Der Vergleich mit dieser grundlegenden gesellschaftlichen Umwälzung ist deshalb gerechtfertigt, weil sich Globalisierung nicht nur und nicht in erster Linie durch das Anschwellen der grenzüberschreitenden Waren- und Kapitalströme konstituiert, sondern durch die Herausbildung globaler wirtschaftlicher Parameter, die für alle "Volkswirtschaften" und Kulturen verbindlich sind. Zinsen, das System der Arbeitsbeziehungen, die sinkende Binnennachfrage, das Messen der Arbeitsleistung am globalen Optimum u.ä. betreffen nicht nur die direkt als Akteure der neuen internationalen Arbeitsteilung Beteiligten, sondern die gesamte Wirtschaft eines Landes. Auch der Kleinunternehmer, der nur für den regionalen Markt produziert, muss die global ermittelten Kreditzinsen zahlen, die Nachfrage nach seinen Produkten geht mit den Arbeitnehmerentgelten nach unten usw. Nicht nur sind alle Menschen im Wirtschaftsleben von den globalen Parametern betroffen, diese Parameter regieren auch in allen Bereichen des menschlichen Lebens. Ob Wasser oder Bildung, Verkehr oder Kultur, Lebensversicherung oder Krankenversicherung, Sport oder Natur – da alles privatisiert wird und sich nach globalen Vorgaben rechnen muss, findet alles, was diesem Kriterium nicht entspricht, auch nicht statt.

Dies gilt gerade auch für die Menschen selbst. Wer unter dem Gesichtspunkt des global erzielbaren Höchstprofits nicht verwertbar ist, wird vom gesellschaftlichen Leben exkludiert, wird ausgeschlossen. Es geht nicht mehr darum, dass ein Arbeiter Mehrwert schafft, dass er mehr an Wert produziert, als er selbst kostet. Die Messlatte ist der globale Parameter. Wer dieses Optimum nicht schafft, den schafft man sich vom Halse. Die Exklusion betrifft sowohl Menschen in einer Gesellschaft als auch ganze Gesellschaften. An Ländern, die den Ansprüchen des globalen Kapitals nicht genügen, fließt es vorbei. Solche

Länder, wie einige in Schwarzafrika, sind nicht von der Globalisierung vergessen oder noch nicht erfasst, sie sind vielmehr in ihrer Exklusion Bestandteil der Globalisierung. So wie man in unserem Land nicht arbeitslos oder arm ist, weil man nicht teilhabe am Wirtschaftsleben, sondern weil man als Teil und als Folge dieses Systems von diesem ausgespuckt wird.

**2)** Die in der neuen Globalisierung organisierte internationale Arbeitsteilung führt nicht zu einer Steigerung des "Wohlstands der Nationen", wie sie noch Adam Smith und David Ricardo begründeten. Nach Ricardo sollen sich die Länder auf Produkte konzentrieren, bei denen sie "komparative Kostenvorteile" haben. Selbst wenn ein Land in der Lage ist, sagt Ricardo, sämtliche Güter und Dienste zu niedrigeren Kosten anzubieten als irgendein anderes, so ist es für dieses doch von Vorteil, sich auf die Produkte zu konzentrieren, bei denen es die größten Vorteile hat, und andere Produkte, bei denen es zwar einen absoluten, aber geringeren Kostenvorteil hat, arbeitsteilig anderen Ländern überlässt und von diesen einführt. Indem jedes Land sich auf die Produktion jener Waren konzentriert, bei denen es komparative Kostenvorteile hat, wird die Produktmenge und die Produktivität von allen erhöht. Überall wird für größere Märkte produziert, was die Kosten senkt, überall wird die Arbeitskraft im internationalen Vergleich optimal eingesetzt, was die Produktmengen und die Produktivkräfte im internationalen Maßstab anhebt. Durch die internationale Arbeitsteilung würde mit der selben Menge an Arbeit eine größere Menge von Produkten hergestellt, zugunsten der Versorgung in allen beteiligten Ländern.

Ricardos Theorem der komparativen Kostenvorteile liefert den Globalisierungspropagandisten bis heute die Begründung der angeblichen wohlfahrtssteigernden Wirkung der Globalisierung. In Wahrheit ist der Ansatz unbrauchbar zur Erklärung der heutigen Lage. Dafür sind u.a. diese beiden Gründe verantwortlich. Erstens werden die Prozesse von Produktion und internationalem Austausch wesentlich und zwangsläufig politisch bestimmt. Anders als zu Zeiten Ricardos und des Goldstandards werden Währungen und Zinsen – wesentliche Parameter des internationalen Austauschs – ebenso wie die Zölle politisch reguliert. Dies hat dazu geführt, dass die "Terms of Trade", die Preisrelationen der international getauschten Waren, sich fortwährend für die Entwicklungsländer verschlechtert haben. Nach den Erhebungen von UNDP verloren die Entwicklungsländer in den Neunziger Jahren über solche politisch verfügbaren Nachteile jährlich 500 Milliarden Dollar, zehnmal so viel, wie sie an "Entwicklungshilfe" bekamen.

Im theoretischen (und praktischen) Sinn noch gravierender ist unser zweites Argument: Die Investitionen der globalen Akteure werden überhaupt nicht unter dem Gesichtspunkt komparativer Kostenvorteile, sondern unter dem der absoluten Kosten vorgenommen. Ricardo ging noch von der internationalen Immobilität von Kapital und Arbeit aus. Strukturbestimmend für den globalen Kapitalismus sind jedoch nicht Investoren, die im nationalen Rahmen nach komparativen Vorteilen suchen, sondern Transnationale Konzerne (TNK), die über Kapitalexpertise ihre Wertschöpfungsketten weltweit aufgliedern und die einzelnen Teile dort herstellen, wo die Kosten

global gesehen absolut am niedrigsten sind. Die von Ricardo verheißenen segensreichen Auswirkungen der vertieften internationalen Arbeitsteilung können nicht stattfinden, weil das Kapital sich längst nicht mehr am nationalen Verwertungsraum orientiert, sondern sich diese Art globaler Struktur geschaffen hat. Die Logik dieses globalen Kapitalismus drückt über das Ausspielen der "nationalen Wettbewerbsstaaten" gegeneinander die sozialen Standards weltweit nach unten – "der Wohlstand der Nationen", darunter auch der Beschäftigungsgrad der Bevölkerungen, wird systemisch gesenkt, um die Profite der TNK maximal zu heben.

Im "Bericht über die menschliche Entwicklung 2003" dokumentiert UNDP die Erosion der sozialen Standards im Gefolge der Globalisierung. Weltweit, sagt UNDP, ist "ein zunehmendes Gefälle zwischen den Reichsten und Ärmsten ... und ein Rückgang bei der mittleren Einkommensgruppe der Weltbevölkerung" festzustellen. 54 Entwicklungsländer weisen negative Wachstumsraten auf, in 37 der 67 Länder, für die Daten vorliegen, sind die ohnehin hohen Armutsraten weiter gestiegen, insgesamt lebt fast jeder vierte Erdenbürger unter der absoluten Armutsgrenze von einem Dollar am Tag, 44 % haben weniger als 2 Dollar pro Tag. In Indien z.B., dem hochgelobten Land der IT-Spezialisten, leben 400 Millionen Menschen unter der absoluten Armutsgrenze, und verlieren die 600 Millionen Bauern ihre Existenzgrundlage ohne wirkliche Chance, sich in den Industrialisierungsprozess integrieren zu können.

Die kapitalistische Globalisierung ist unter humanen Gesichtspunkten eine Katastrophe; unter abstrakt wirtschaftlichen Gesichtspunkten häuft sie ein ständig größeres Krisenpotenzial an: die "globale Fabrik" minimiert Arbeitskosten und Beschäftigung bei gleichzeitiger Erhöhung der Produktionskapazität. Weltweit klaffen Produktionskapazitäten und kaufkräftige Nachfrage immer weiter auseinander.

**3)** Während die kaufkräftige Nachfrage immer weiter hinter den Produktionskapazitäten zurück bleibt, werden wegen anhaltend ungleicher Einkommens- und Vermögensverteilung die Geldvermögen im Verhältnis zum Produktionskapital immer größer. 7,1 Millionen Dollar-Millionäre wiesen 2001 ein Geldvermögen von 30 Billionen Dollar, was dem Wert des Welt-Sozialprodukts entspricht. Zusammen mit den Transnationalen Konzernen, Pensionsfonds und Versicherungen ergibt sich ein Geldvermögensbesitz von über 60 Billionen Dollar, denen globale Bruttoinvestitionen von nicht mehr als 6 Billionen gegenüberstehen. Bei diesem Missverhältnis von Geldvermögen und produktiven Anlagemöglichkeiten geht es den Geldvermögensbesitzern nicht um die reale, sondern um die finanzielle Akkumulation. Der Casino-Kapitalismus, das Wetten auf die besten Aktien, und das räumliche und zeitliche Strecken des vorhandenen Kapitalstocks über Derivate aller Art schaffen den Aktionsraum für das überschüssige Geldkapital. Auch dieser Aktionsraum ist global. Die täglichen Umsätze an den Devisenmärkten liegen zwischen 1 und 2 Billionen Dollar. Für die Zirkulation des Welthandels würden 30 Milliarden pro Tag ausreichen. Die internationalen Finanztransaktionen haben also nur noch zu 2 % mit Handel, mindestens zu 80 % aber mit Spekulation zu tun.

Dieser internationale Finanzmarkt übt längst auch das Diktat über die reale Produktion aus. Geld in den Transnationalen Konzernen wird nach den Prinzipien des Shareholder Value, des Höchstertrags für den Kapitaleinsatz, verwendet. Ziel ist nicht mehr die Stärkung der Innovationskraft, die Entwicklung neuer Produkte u.ä., sondern die Erzielung eines im internationalen Vergleich maximalen "Geschäftwertbeitrags", d.h. die maximale Verzinsung des eingesetzten Kapitals. Diese Verzinsung wird in den kurzen Frequenzen der Börsen- und Analystenrhythmik gemessen. Es geht nicht mehr darum, dass Technologie entwickelt und der Markt mit mehr und besseren Produkten bedient wird – einziges Kriterium ist der kurzfristige Höchstprofit.

### Folgen finanzieller statt realer Akkumulation

Dass die globalen Finanzmärkte die finanzielle statt der realen Akkumulation an die erste Stelle setzen, hat mindestens drei gravierende Folgen:

a) Die Innovation der Produktion und der Produkte, nach Schumpeter und seinen marktwirtschaftlichen Nachfolgern die Grundlage von Konjunkturaufschwüngen, wird erheblich erschwert, wenn nicht, was das Schumpetersche scharenweise Auftreten "innovativer Unternehmer" anlangt, verhindert. Dies gilt noch stärker für die produktive Grundlage der langen Zyklen der Konjunktur. Am Beginn dieser sog. Kondratjew-Zyklen stehen bekanntlich bahnbrechende technische Neuerungen. Diese technologisch revolutionäre Veränderung der Produktivkräfte setzt langfristige Investitionsmaßnahmen voraus, die der Shareholder Value-Politik entgegenstehen.

b) Die hohen Zinsforderungen der Geldvermögensbesitzer beschädigen die volkswirtschaftliche Substanz. Da die Renditen in der Regel über den realen Wachstumsraten der jeweiligen Volkswirtschaften liegen, muss ein Teil davon aus der Substanz beglichen werden.

c) Die Geldvermögen entfernen sich immer weiter vom Volumen der Realwirtschaft. Doch verlangt der monetäre Überschuss eine materiale Entsprechung, "sonst wäre der Zins nichts anderes als eine entwertende Aufblähung des Geldzeichens" (Altwater/Mahnkopf) Aber eben diese materiale Entsprechung kommt nicht zustande, die Geldvermögen äußern sich in Bubbles, in spekulativen Aufblähungen über dem vorhandenen Realvermögen – im Produktions- wie im Immobiliensektor – die schließlich mit Notwendigkeit zerplatzen müssen.

Die Regeln und die Dominanz des Finanzkapitals entfremden die Wirtschaft zunehmend ihres Gebrauchswertcharakters, sie verringern die volkswirtschaftliche Substanz und sie vergrößern die Diskrepanz zwischen Geld- und Realvermögen bis zum Aufplatzen der produzierten Bubbles.

**4)** Ein entscheidendes Problem des globalen Kapitalismus besteht darin, dass seine Produktionsweise zum wesentlichen Teil auf der Nutzung fossiler Energieträger beruht, vor allem auf Erdöl und Erdgas, die mehr als zwei Drittel des Primärenergiebedarfs befriedigen. Dies ist nicht nur ein Faktor der Gefährdung und Ruinierung der Umwelt, obwohl dies allein schon höchsten Alarm auslö-

sen müsste. Die Öl- und Gasabhängigkeit sorgt auch für die permanente und ständig intensivere Militarisierung der internationalen Beziehungen. Die drei kapitalistischen Metropolen – USA/Kanada, EU und Japan – verbrauchen bei einem Anteil an der Weltbevölkerung von 13 % an Erdöl 54 % und an Erdgas 48 % der Weltförderung. Alle drei Metropolen zusammen verfügen aber nur über 4 % der Öl- und 5 % der Gasreserven. Sie sehen sich also auf die Ressourcen in anderen Regionen der Welt angewiesen. Ihre Konsequenz, wie im Irak-Krieg der USA und ihrer Alliierten einschließlich der stillen Teilhaber Deutschland und Frankreich demonstriert, besteht darin, die Zugänge zu den Ressourcen militärisch zu sichern. Da die Grundlage, die Ressourcenabhängigkeit, bestehen bleibt, wird auch der "Krieg gegen den Terror", der in Wahrheit ein Krieg um Öl und Gas ist, solange andauern, wie der globale Kapitalismus nach seinen Bedürfnissen regieren kann. Mehr als die Hälfte der 100 größten TNK sind überwiegend im Ressourcengeschäft tätig – sie bilden zusammen mit Rüstungs- und Autokonzernen die stabile ökonomische und politische Grundlage einer aggressiven Weltordnungspolitik, wie sie die US-Regierung an der Spitze des Metropolenbündnisses betreibt.

Die Menschen werden – als direkte Kriegsoffer oder als Objekte undemokratischer Anti-Terrorgesetze – zu Kollateralschäden einer skrupellosen Ressourcenpolitik. Die Wirtschaft nimmt weiteren Schaden, weil die zivile Basis der Produktionsstruktur zugunsten des militärischen Teils schwindet. Mit dem Hochfahren der Rüstungsausgaben geht einher der entsprechende Abbau sozialer Leistungen des Staates. Das Strohfeuer des "Rüstungskeynesianismus" wird bald verpufft sein, die Schäden an Wirtschafts- und Sozialstruktur sind hingegen dauerhafter.

**5)** Die Grundlage jeder Ökonomie ist die Ressourcenumwandlung. Das Gerede von einer "Entmaterialisierung" der Produktion im Zeichen der Informationsgesellschaft hat diesen Sachverhalt in den letzten Jahren vernebelt. Letzten Endes geht es in der Wirtschaft vor allem um reale Güter, die durch industrielle Verarbeitung aus Naturstoffen gewonnen werden. Der Anteil von Information und Dienstleistung nimmt bei Vertrieb und Verbrauch der Güter zwar zu. Dennoch hat Wirtschafts-

wachstum in aller Regel wachsenden Naturverbrauch zur Folge. Das Niveau der Beanspruchung der Natur hat sich dramatisch gesteigert. Die realen Pro-Kopf-Einkommen in Westeuropa haben sich von 1920 bis zum 1. Weltkrieg knapp verdoppelt. Von damals bis zum Ende des 20. Jahrhunderts sind sie aber um mehr als das Vierfache gestiegen. Wachstum ist heute jedoch nicht mehr extensiv, durch Inanspruchnahme weiterer Regionen und zusätzlicher Völker zu erzielen. Auf dem jetzt erreichten Niveau des Ressourcenverbrauchs werden die materiellen Grundlagen des Wirtschaftens, in historischen Begriffen, schnell aufgebraucht. Eine wirtschaftliche Ideologie und Praxis wie die neoliberal-kapitalistische, die Natur und Mensch nur unter dem Kriterium der Verwertbarkeit beurteilt und verbraucht, steht in schroffem Gegensatz zu den Erfordernissen einer ökologischen und sozialen Ökonomie.

Wir, die Menschen in unserem Land und in aller Welt, können uns, wenn wir als Menschen und wenn wir überhaupt überleben wollen, den globalen Kapitalismus nicht länger leisten. Wie wir mit dieser lebens- und kulturfeindlichen Logik der herrschenden Politik Schluss machen können, wird Gegenstand der weiteren Referate und Debatten heute sein. Differenzen werden sicher nicht ausbleiben. Schön wäre es, wenn es uns gelingt, uns dessen zu versichern, wo wir alle miteinander ganz praktisch aktiv werden müssen, um Einfluss zu nehmen auf die weitere Gestaltung der Globalisierung.

#### Literatur

Altwater, Elmar / Mahnkopf, Birgit: Grenzen der Globalisierung. Münster 2004-08-08

Mayer, Leo / Schmid, Fred / Schuhler, Conrad: Wie die Globalisierung zur globalen Wirtschaftskrise führt. München 2002

Schmid, Fred / Schuhler, Conrad: Krieg ums Erdöl. München 2003



Michael Wendt

# Wirtschaftspolitische Alternativen zum neoliberalen Modell

**1.** Wenn wir die Entwicklung der zentralen ökonomischen Größen Lohnstückkosten, Export und Inlandsnachfrage analysieren, kommen wir zu folgenden Befunden:

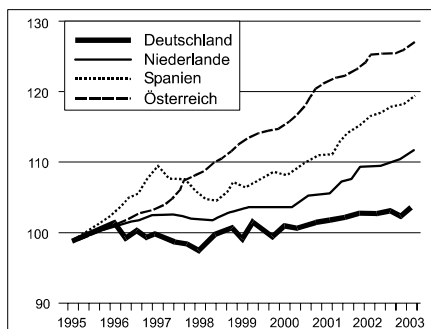
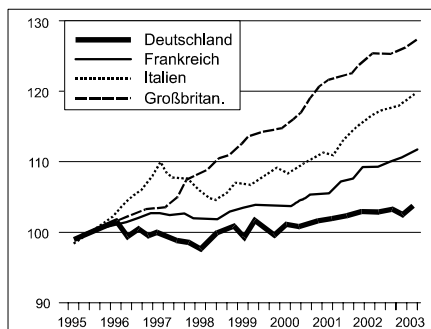
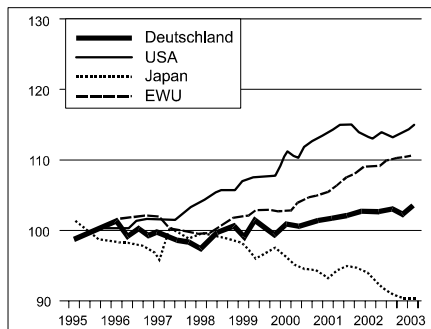
**Erstens:** Deutschlands Wirtschaft ist gekennzeichnet durch eine exzellente Wettbewerbsposition. Das belegen die Kennzahlen für die Entwicklung der Lohnstückkosten seit 1995 und die gleichzeitige deutliche Ausweitung des Exportvolumens.

**Zweitens:** Dagegen hat keine der führenden kapitalistischen Gesellschaften eine so schwache Entwicklung der Inlandsnachfrage.

Angesichts dieser Ergebnisse der empirischen Wirtschaftsforschung ist die seit Jahren andauernde ideologische Diskussion über zu hohe Arbeitskosten bzw. zu hohe Lohnnebenkosten geradezu absurd. Sie markiert das gerade Gegenteil von wissenschaftlicher Seriosität und ist entweder interessengeleitet oder Ausdruck einer quasireligiösen Borniertheit und eines daraus resultierenden Sendungsbewusstseins. Ich verweise auf die empirischen Aussagen, die aus den Untersuchungen der Konjunkturabteilung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung stammen, weil der Arbeitsvertrag mit dem Leiter dieser Abteilung Gustav A. Horn wegen seiner entge-

## Lohnstückkosten

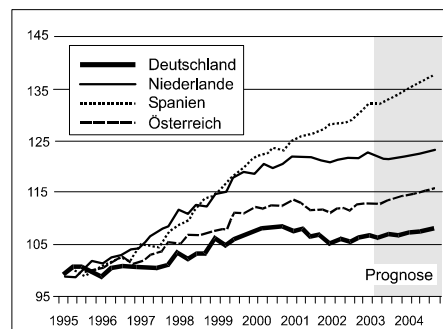
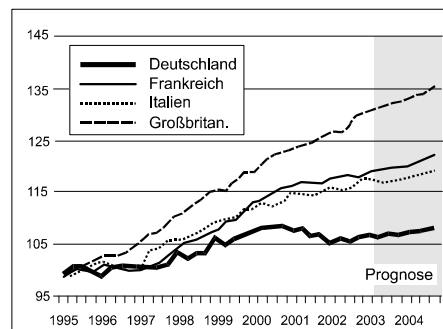
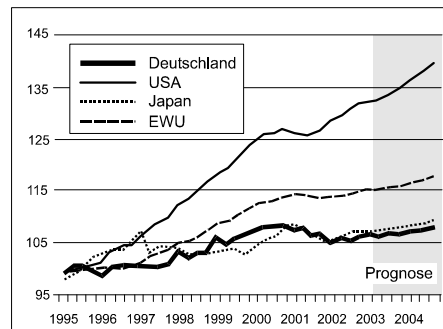
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in Relation zum realen BIP; saisonbereinigt



Quellen: OECD; Stat. Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin 2003

## Inlandsnachfrage

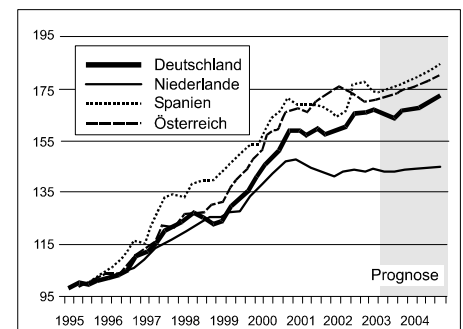
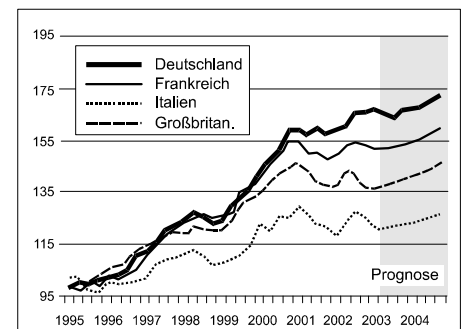
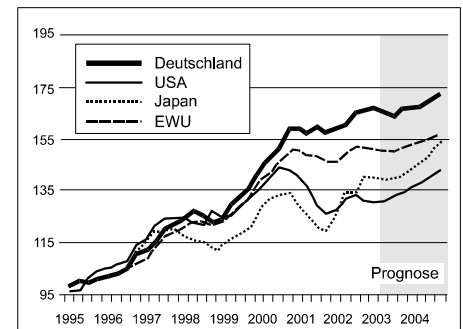
saisonbereinigt, in konstanten Preisen 1995 = 100



Quellen: OECD; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin 2003

## Exporte

saisonbereinigt, in konstanten Preisen 1995 = 100



Quellen: OECD; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin 2003

gen dem neoliberalen mainstream liegenden wissenschaftlichen Arbeit nicht verlängert wurde. Dahinter steckt eine gemeinsame Intervention einerseits der Bundesregierung, andererseits von neoliberalen Ökonomen, die eine wissenschaftliche Kritik an ihrer Politik und der ihr zugrunde liegenden Wirtschaftsdoktrinen nicht mehr akzeptieren wollten.

Die Bundesregierung hat die Senkung der Arbeitskosten durch Senkung der Lohnnebenkosten zu dem zentralen beschäftigungspolitischen Königsweg erklärt. Wenn aber – wie die Entwicklung der Lohnstückkosten beweist – die Lohnkosten im internationalen Vergleich gerade nicht zu hoch, sondern im Gegenteil zu niedrig sind – können auch die Lohnnebenkosten als Teil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit nicht zu hoch sein. Wenn, dann signalisieren die Lohnnebenkosten ein verteilungspolitisches Problem, weil ein kleiner werdender Kreis von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten die Sozialversicherung finanziert.

Die Politik der letzten vier Jahre hat zu einer Umverteilung zu Lasten der Löhne bzw. der niedrigen Arbeits- und Sozialeinkommen geführt.

#### Erstens: Die Rentenreform

Die Einführung einer kapitalgedeckten Zusatzrente hat die Unternehmen entlastet, die abhängig Beschäftigten zusätzlich belastet. Weil die Beiträge in Kapitalfonds gehen, wurde die konsumtive Nachfrage geschwächt (zur Kritik siehe DIW-WB 46/99).

#### Zweitens: Die Unternehmenssteuerreform

hat die Kapitalgesellschaften deutlich entlastet, sie hat Bund, Länder und Gemeinden finanziell erheblich geschwächt. Sie ist mitverantwortlich für den drastischen Rückgang öffentlicher Investitionen (zur Kritik siehe DIW-WB 37/2001).

#### Drittens: Die Umsetzung der Hartz-Vorschläge

führt zu spürbaren Kürzungen bei Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe. Es gibt einen Zusammenhang zwischen der Steuerentlastung der Unternehmen einerseits und den Kürzungen der Sozialeinkommen andererseits. Was den einen "geschenkt" wurde, wird anderen wieder abgenommen.

#### Viertens: Die im Bündnis für Arbeit

durchgesetzte Lohnzurückhaltung hat die Inlandsnachfrage weiter geschwächt. Deutschland hat im EU-Raum bzw. im OECD-Raum (mit Ausnahme Japans) die niedrigsten Lohnzuwächse. Auf diese Lohnzurückhaltung hätte die Bundesregierung mit einer expansiven Finanzpolitik reagieren müssen, um Wachstums- und Beschäftigungsimpulse zu geben.

Die fiskalische Konsolidierungsfixierung der Bundesregierung hat diese Grunderkenntnis einer keynesiansischen Makrosteuerung der Wirtschaft völlig ignoriert.

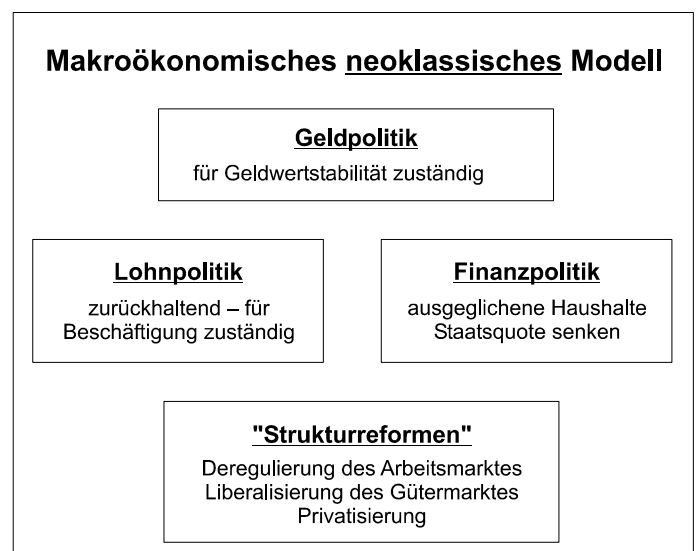
Diese Politik war überhaupt nicht politisch "ausgewogen", sie hat eine massive Umverteilung zwischen Kapital und Arbeit in Gang gesetzt bzw. verstärkt, schlimmer noch, sie war ökonomisch kontraproduktiv, weil sie die öffentliche Nachfrage und die private Nachfrage geschwächt und damit die Arbeitslosigkeit gefördert hat.

Die Ergebnisse dieser Entwicklung sind auf folgende wirtschaftspolitische Empfehlungen zurückzuführen:

1. Die Unternehmensinvestitionen müssen durch entsprechende politische Rahmenbedingungen gefördert werden.
2. Die Staatsverschuldung und die staatliche Nettokreditaufnahme müssen reduziert werden.
3. Steuern und Sozialversicherungsbeiträge müssen gesenkt werden.
4. Die öffentlichen Investitionen müssen stabilisiert, die öffentlichen konsumtiven Ausgaben müssen zurückgedrängt werden.
5. Die Geldwertstabilität ist eine Kernvoraussetzung für ein "gutes Investitionsklima".
6. Der Offenheitsgrad der deutschen Volkswirtschaft muss gesteigert werden.
7. Die Rigiditäten und Inflexibilitäten des Arbeitsmarktes hemmen das Wirtschaftswachstum.
8. Die Tarifparteien müssen sich auf eine beschäftigungsorientierte Tarifpolitik, in der die Lohnzuwächse unterhalb der Steigerung der Arbeitsproduktivität liegen, verständigen.

Das sind die zentralen Thesen des Gutachtens des Sachverständigenrates (SVR 2002, S. 208 f.)

Im folgenden Schaubild werden die Ziele und Instrumente des makroökonomischen *neoklassischen* Modells skizziert. Dabei muss beachtet werden, dass die einzelnen Ziele auf einer strikt einzelwirtschaftlichen Sicht basieren, aber dann in ein gesamtwirtschaftliches Modell transformiert werden. Das gesamte Modell ist deshalb nach wie vor mikroökonomisch, d.h. aus der Sicht eines Unternehmens begründet, die makroökonomische Perspektive wird daher völlig verfehlt.



Die rotgrüne Wirtschaftspolitik hat sich zum Teil mit Erfolg bemüht, diese Empfehlung umzusetzen. Weder bei der Entwicklung der Staatsschulden wie der Sozialversicherungsbeiträge ist das gelungen. Das liegt daran, dass die genannten Empfehlungen zum großen Teil darauf hinauslaufen, die Nachfrageseite einer Volkswirtschaft zu beschädigen.

Steigende Wettbewerbspositionen auf der Angebotsseite und steigende Arbeitslosigkeit als Folge der größer werdenden Nachfrageschwäche waren die Folge. Die steigende Arbeitslosigkeit hat die Finanzkrise des Staates und der Sozialversicherung verschärft.

**2.** Das zentrale Problem besteht darin, dass sich nach der Weltwirtschaftskrise 1973-75 schrittweise ein neuer Typus des modernen Kapitalismus herausbildet. Die Finanzmärkte werden zu den anderen kapitalistischen Märkten für Güter und für Arbeitskräfte übergeordneten Märkten. In der sog. Regulationstheorie wird dieser Umbruch als Übergang von einem produktionsgetriebenen ("fordistischen") zu einem finanzgetriebenen ("postfordistischen") Akkumulationsregime bezeichnet.

Im keyneschen Paradigma ist diese Dominanz des Kapitalmarktes von vornherein vorausgesetzt. Keynesianer sprechen daher vom Kapitalismus als "kapitalistischer Geldwirtschaft".

Die Deregulierung der Finanzmärkte nach 1975 hat diese dem Kapitalismus eigene Tendenz gegen ein vorher bestehendes System der politischen Regulierung durchgesetzt. Das führt dazu, dass die Renditeansprüche der Finanzinvestoren, dahinter stehen die Geldvermögensbesitzer – einschließlich der Pensionsfonds, also von Institutionen der Alterssicherung abhängiger Beschäftigter –, den Renditeansprüchen der realwirtschaftlichen Unternehmen zusätzlich aufgebürdet werden. In einer Phase struktureller und lang dauernder Überakkumulation müssen die Kapitalzinsen, also der Preis des Geldes, soweit sinken, dass das Halten von Kapital ökonomisch nicht mehr rentabel ist. Da die Zinsen nicht unter Null gehen können, müssten Geldvermögen progressiv besteuert werden.

In den vergangenen drei Jahrzehnten ist aber das gerade Gegenteil passiert. Eine wirtschaftliche Strategie, die dagegen auf den "sanften Tod des Rentiers, des funktionslosen Investors" (Keynes 1936, S. 317) zielt, ist gegenwärtig politisch noch nicht ausformuliert. Sie würde sich einer breiten Gegnerschaft von Großbanken, Unternehmen etablierter Wirtschaftswissenschaft bis zu großen Teilen der besser gestellten Lohnabhängigen, Pensionäre und Rentner aussetzen. Es gibt gegenwärtig keine politische Partei, die ein solches Konzept zu ihrem politischen Programm machen würde.

Für die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung heißt das: Der traditionelle Gegensatz, Realkapital und Lohnarbeit hat sich erheblich verkompliziert:

Das Finanzkapital dominiert Realkapital und Lohnarbeit. Das Realkapital wiederum wälzt die gestiegenen Kapitalkosten auf die Lohnarbeit ab.

"Nicht das hartnäckige Bestehen der Arbeiter auf zu hohen Löhnen und Sozialleistungen ist die Ursache der Krise, sondern die hartnäckige Weigerung der Kapitalbesitzer, die ökonomischen Folgen einer objektiv abnehmenden Knappheit des Kapitals zu akzeptieren. So entsteht die Notwendigkeit, die überschüssigen Ersparnisse abzuschöpfen und wieder in den ökonomischen Kreislauf zurückzulenken. Da aber die Vermögensbesitzer dies selbst nicht tun, kann nur der Staat diese Aufgabe übernehmen." (Deutschmann 2003)

Dieser Prozess ist eingebunden in eine weltwirtschaftliche Polarisierung zwischen dem Konsummodell USA einerseits und den Exportmodellen EU, Ostasien andererseits. Auf diese Konstellation kann angemessen nur mit einem (keynesianischen) makroökonomischen Modell reagiert werden. Dessen wirtschaftspolitische Ziele sind im Unterschied zum neoklassischen Modell aus einer makroökonomischen Perspektive begründet.

## Makroökonomisches keynesianisches Modell



Der zentrale Unterschied kann am Problem der Staatsverschuldung illustriert werden. Nach dem herrschenden neoklassischen Dogma belastet die Staatsverschuldung die nachfolgende Generation. Der Staat überträgt aber nicht nur Schulden oder Verbindlichkeiten auf die nachfolgende Generation, sondern im selben Umfang Forderungen an den Staat. Die Verbindlichkeiten entsprechen den Forderungen. Gesamtwirtschaftlich gesehen, handelt es sich um ein ausgeglichenes Konto. D.h. nicht, dass die Staatsverschuldung unproblematisch ist, da sie verteilungspolitisch eine soziale Schieflage hat.

Die Steuerzahler finanzieren die Zinsen der Gläubiger. Das kann durch alternative Strategien der Staatsverschuldung aber geändert werden. Die simple neoklassische Sicht, dass die Staatsverschuldung die nachfolgende Generation belaste, ist falsch. Sie ist ideologisch erfolgreich, weil sie der Sicht des einzelnen Privathaushaltes, der verschuldet ist, entspricht. Gesamtwirtschaftlich stellt sich ein völlig anderes Bild dar. Das Geldvermögen der privaten Haushalte in Deutschland übersteigt die Staatsschulden um ein Mehrfaches. Das ist ein Zeichen einer gesamtwirtschaftlichen verfehlten Steuerpolitik. Der Staat hat die Möglichkeiten der Besteuerung des privaten Reichtums bewusst nicht genutzt, um sich dann fehlende Steuereinnahmen gegen Zinsen von den vermögenden Haushalten und Finanzinvestoren zu leihen. Auch der Arbeitsmarkt spielt im keynesianischen Paradigma eine völlig andere Rolle

*"Der keynesianische Ansatz rückt den Vermögens- und Gütermarkt ins Zentrum der Analyse und nicht den Arbeitsmarkt. Dadurch ändert sich der Blickwinkel auf die Ökonomie komplett und damit auch die beschäftigungspolitischen Konzepte. Besteht das Credo des simplen neoklassischen Ansatzes in der Liberalisierung des Arbeitsmarktes, dann besteht es im Keynesianismus in der Förderung der Investitionstätigkeit und der Steigerung der aggregierten Nachfrage. Denn es ist das Niveau der Nachfrage, was letztlich das Produktionsvolumen bestimmt."* (vgl. Keynes 1936) (Herr 2002)

Aus dem keynesianischen makroökonomischen Modell ergibt sich ein völlig anderes Konzept für makropolitisch Handeln.

Der "Modellkeynesianismus" wie er hier skizziert wird, basiert allerdings auf Annahmen, die kritisch diskutiert werden müssen.

**Erstens:** Hier unterliegt entgegen der keynesschen Sicht, die von einem Ungleichgewicht von Produktion und Konsumtion ausgeht, die Vorstellung, über eine richtige Kombination von Finanz-, Geld- und Lohnpolitik letztlich doch ein gleichgewichtiges Wachstum zu modellieren.

**Zweitens:** Die Sicht, dass der kapitalistischen Gesamtproduktionsprozess aus sich heraus einmal in Konjunkturzyklen abläuft und zweitens darüber vermittelt endogene Krisen hervorbringt, ist ihm im Kern fremd. Ökonomische Krisen sind hier das Resultat falscher Politik oder eines falschen "policy mix". Diese Feststellung ist richtig, aber sie greift analytisch zu kurz. Wenn die Entwicklung der Kapitalneutralität in der längeren Frist analysiert wird, so fällt auf, dass in den 1970er Jahren die gesamtwirtschaftliche Profitrate fällt und dann ab 1980 mit einigen Schwankungen faktisch stagniert.

Zugleich nähern sich Zinsrate und Profitrate in ihren Niveaus an. Das bedeutet, dass hohe Kapitalkosten die Unternehmensrenditen unter Druck setzen. Ein fortbestehendes hohes Zinsniveau vergrößert die Ansprüche an die Höhe realwirtschaftlicher Renditen. Für eine solche Konstellation hat der "Modellkeynesianismus" keine Antwort. Die keynessche Theorie dagegen liefert eine radikale Antwort, den "sanften Tode des Rentiers".

**Drittens:** Der ökonomische Gegensatz von Kapital und Lohnarbeit und die daraus resultierenden Interessengegensätze werden mangels einer wert- oder arbeitswerttheoretischen Fundierung der keynesschen Theorie systematisch unterschätzt. Dass Unternehmen aus der Logik einzelwirtschaftlicher Kapitalverwertung eher hohe Arbeitslosigkeit als Vollbeschäftigung favorisieren, und damit an Wachstum, das auf mehr Beschäftigung zielt, nicht interessiert sind, wird als "Verbetriebswirtschaftlichung" ökonomischen Denkens und ökonomischer Theoriebildung kritisiert, wird aber nicht als bestimmendes Leitbild einer kapitalistischen Klassengesellschaft verstanden. Die Unternehmen haben kein Interesse an Vollbeschäftigung, auch wenn dadurch ihre Renditen steigen würden. (siehe dazu Kalecki 1987)

**Viertens:** Die politische Dominanz des Modellkeynesianismus in Deutschland (dessen theoretische Konstruktion auf die sog. neoklassische Synthese, also auf eine gleichgewichtstheoretische Verkürzung und Verballhornung der keynesschen Theorie zurückzuführen ist) basiert auf einer Phase der Kapitalentwicklung, die durch einen hohen Beschäftigungsgrad und relativ starke Gewerkschaften gekennzeichnet war.

In dieser Konstellation war der Versuch staatlicher Konjunktursteuerung – antizyklische Globalisierung – populär. Damals zielte dieser "Modellkeynesianismus" auch auf Lohnmoderation und Einbindung der Gewerkschaften in die "soziale Marktwirtschaft". Auch diese Voraussetzungen sind heute nicht mehr gegeben. Lohnsenkung und Lohnbegrenzung funktionieren durch hohe Arbeitslosigkeit und konfrontative Auseinandersetzung mit politisch schwachen Gewerkschaften.

Diese Schwächen des Modellkeynesianismus beruhigen die traditionelle politische Linke. Diese war schon in den 1970er Jahren instinktiv antikeynesianisch. Diese Selbstgewissheit finde ich dagegen beunruhigend. Sie führt dazu, dass es zu der bestehenden neoklassisch fundierten Politik keine Alternativen gibt – außer Klassenkampfparolen, die für mich eher absurd wirken. Deshalb muss die Linke mit Keynes erst mal beginnen, um über ihn hinaus zu kommen.

#### Literatur

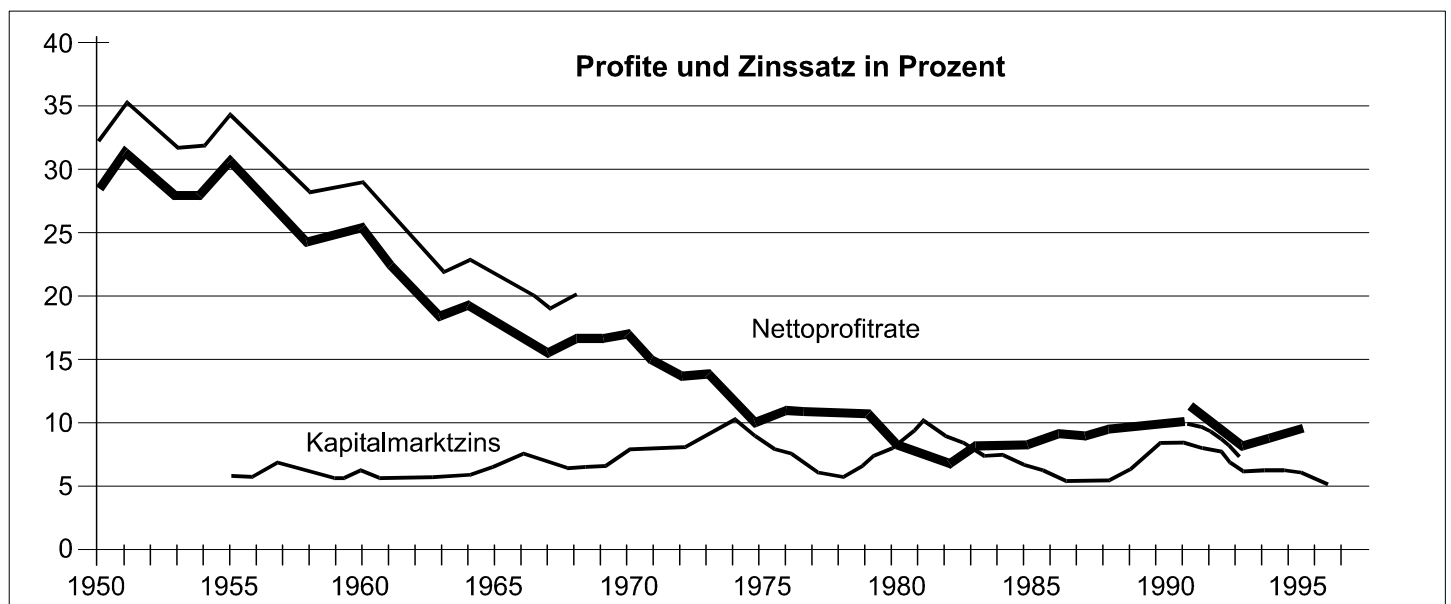
Kalecki, Michal: Politische Aspekte der Vollbeschäftigung in: Michal Kalecki, Krise und Prosperität im Kapitalismus, Marburg 1987

Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1936

Deutschmann, Christoph: Ende und Wiederkehr des Keynesianismus, in: Leviathan 3/2003

Herr, Hansjörg: Arbeitsmarktreformen und Beschäftigung in: PROKLA 129 (2002)

DIW – Wochenberichte Nr. 46/1999, 37/2001, 27-28/2003, Sachverständigenrat, Jahresgutachten 2002/2003



Wolfgang Müller

## Der Kampf um Reformen und die Transformation des Kapitalismus

Als erstes sollten wir uns vergegenwärtigen, wo wir in der Entwicklung der Klassenverhältnisse in diesem Land stehen. Die Kontinuität der Herrschaft des Kapitalismus war in der Bundesrepublik Deutschland zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt. Aber die Beziehung der gesellschaftlichen Klassen und Schichten zueinander hat sich in den letzten 50 Jahren erheblich verändert.

Bis Mitte der sechziger Jahre hatten wir das sogenannte Wirtschaftswunder, die Wiederaufbauphase in der Bundesrepublik. Die Entwicklung der Wirtschaft stützte sich im wesentlichen auf den produktiven Beitrag der Arbeiterschaft, des Industrieproletariats. Profitiert hat in erster Linie das Kapital, aber ein erheblicher Teil der Arbeiterklasse hat an diesem Wirtschaftswunder partizipieren können. Dass dies geschehen konnte, hatte mehrere Gründe. Ein zentraler Punkt war die Existenz des sozialistischen Lagers. Ohne dessen Konkurrenz, dessen Angebot an gesellschaftlichen Alternativen hätten zweistellige Lohnerhöhungen, die in diesen Jahren zugestanden wurden, nicht stattfinden können. Wenn heute die Frage gestellt wird, warum die Gewerkschaften, die Arbeiterbewegung so schwach sei, dann muss man den Punkt bedenken, dass es das sozialistische Lager nicht mehr gibt. Der Chef von Olivetti hat damals, Anfang der Neunziger, erklärt: Jetzt müssen wir keine Rücksicht mehr nehmen, jetzt können wir machen, was wir wollen.

In den fünfziger Jahren war das völlig anders. Die Bundesrepublik fungierte als westlicher Vorposten im Kampf der beiden konträren Weltsysteme, dem Reich der Freiheit und dem Reich des Bösen, wie Reagan später formulierte. Es lag auf der Hand, dass man dafür sorgen musste, dass in diesem Land auch für das Proletariat etwas abfiel vom Kuchen. Umso mehr, als damals die Arbeiterklasse, das Industrieproletariat in den großen Stahlkonzernen, den Autofabriken usw., von der Zahl und vom Produktionsprozess her und deshalb auch politisch eine große Rolle spielte. Zum einen wurde diese ernst zu nehmende Arbeiterklasse durch den Anteil am Kuchen domestiziert. Zum zweiten durch die Integrationsleistung der Sozialdemokraten und Gewerkschaften.

Mitte der sechziger Jahre begann der gesellschaftliche Umbruch. Ökonomisch vollzog sich, wie Soziologen gerne sagen, der Übergang von der industriellen zur post-industriellen oder auch post-fordistischen Gesellschaft. Was ist darunter zu verstehen? Die Fabriken wurden zunehmend menschenleer. Man konnte jetzt weltweit Fabriken aufbauen, wohin vor allem manuelle Arbeit platziert wurde, während im Land selbst sich ein Wechsel vollzog hin zu "Deutschland, dem Land der Blaupausen", wie der damalige Bundeskanzler Schmidt das nannte. Der Anteil der geistigen Arbeit an Entwicklung und Pro-

duktion wurde zunehmend wichtiger. Unter den Beschäftigten fand eine Umschichtung statt. Der Anteil der manuellen Arbeit sank, white collar-Tätigkeiten, qualifizierte Arbeit nahmen zu. Deren wachsende Bedeutung und ihr wachsendes Selbstbewusstsein drückten sich auch in der "Kulturrevolution" der 68er aus, dem intellektuellen Aufstand gegen den Muff der Restauration des Kapitalismus im Nachkriegsdeutschland.

Die Klassenverhältnisse hatten sich verschoben, etwas Neues war entstanden – ich würde sagen, so etwas wie eine neue Mittelklasse. Politisch verkörpert sich diese neue Mittelklasse in Figuren wie Joschka Fischer oder Claudia Roth, parteipolitisch in den Grünen. Als gesellschaftliche Klasse hat sich die Mittelklasse politisch in der Partei der Grünen etabliert, die inzwischen einen festen Wahlanteil von 12 % aufweisen, überproportional getragen von Akademikern und Fachhochschulabsolventen.

Der Umbruch in Produktion und Gesellschaft hätte nach der Logik des Kapitals eigentlich Ende der siebziger Jahre so weitergehen müssen, wie dies in England mit Maggie Thatcher und in den USA mit Ronald Reagan exzerziert wurde: nämlich die maximale Rationalisierung auch der geistigen Arbeit und die Liberalisierung und Privatisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, also ihre Unterordnung unter das Prinzip des maximalen Profits. Dies war ja auch das Programm, das damals Lambsdorff auflegte und so die SPD-FDP-Regierung zur Abdankung zwang. Aber das Programm ist dann nicht durchgezogen worden. Der gnadenlose Durchmarsch des Kapitalismus in allen gesellschaftlichen Sphären, das Senken aller sozialen Standards, die Zerschlagung der Gewerkschaften – was anderswo in den achtziger Jahren umgesetzt wurde, fand so in der Bundesrepublik nicht statt. Dann kam um 1990 die sogenannte Wiedervereinigung, was dafür sorgte, dass der kompromisslose Neoliberalismus noch weiter nach hinten geschoben wurde.

### Neue Rolle der neuen Mittelklassen

Dabei gab es schon Mitte der Neunziger massive Forderungen der Unternehmerverbände an die Regierung Kohl. Doch die blieb weithin untätig. Erst mit dem Regierungsantritt von Rot-Grün 1998 vollzog sich die radikale Wende. Man darf sich gewiss die Frage stellen, ob dies nur mit einer rot-grünen Regierung stattfinden konnte. Jedenfalls wird jetzt mit deutscher Gründlichkeit nachgeholt, was Thatcher und Reagan vor über 20 Jahren in ihren Ländern begonnen hatten. Und das Durchziehen dieses Programms wird die Klassenverhältnisse wieder fundamental verändern. Nach dem Wirtschaftswunder

mit der Industriearbeiterschaft als wichtige und anerkannte soziale Kraft und nach dem Aufstieg der Mittelklasse kommen wir jetzt in eine dritte Phase.

Wir dürfen gespannt sein, wie sich die Klassenverhältnisse in dieser dritten Phase wieder verändern. Politisch wurde sie eingeläutet durch die Agenda 2010, die Hartz-Reformen, die Gesundheitsreform usw. Wohin wird dies führen? Es wird zu einer massiven Pauperisierung von großen Teilen der Gesellschaft kommen. In Teilen unseres Landes, z.B. im Ruhrgebiet, haben wir dies längst, nun wird es zu einer allgemeinen gesellschaftlichen Erscheinung. Pauperisierung meint, dass inzwischen rund 20 Prozent der Bevölkerung durch das "soziale Netz" fallen und ihr Leben am Rand des Existenzminimums fristen. Ob diese Menschen zu mobilisieren sind, scheint mir fraglich. Der Rest der klassischen Arbeiterklasse konzentriert sich heute im wesentlichen auf die Zentren der Automobilproduktion und auf die Automobil-Zulieferer. Gerade diese Bereiche sind aber von der Outsourcing-Strategie der Unternehmen voll erfasst. Welche Rolle diese Beschäftigten in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung spielen können und spielen werden, ist mir zwar noch nicht ganz klar, aber ich glaube nicht, dass hier viel Kraft und Bewegung entstehen kann.

Was ist von den neuen Mittelklassen zu halten, die in den letzten Jahrzehnten eine so große Rolle spielten? Ihr Anteil an den Beschäftigten wird, wie gesagt, immer größer. Bei Siemens zum Beispiel haben viele Belegschaften inzwischen ein Anteil an Akademikern und Fachhochschulabsolventen von 40 % und mehr. Und das Segment wächst und mit ihm der Wähleranteil der Grünen. Bisher sind sie von den sogenannten Sozialreformen und auch Steuerreformen verschont geblieben. Die Frage ist aber, ob das so bleibt. Ich meine, wir stehen vor einer Entwicklung, bei der auch die Kräfte der "Neuen Mitte" zunehmend unter Druck geraten. Auch diese Gruppe wird zunehmend von den "Reformen", von den Einschnitten in den Sozialstaat negativ betroffen. Und diese Betroffenen werden sich wehren. In welche politische Richtung dies geht, ist völlig offen. Da gibt es sehr viele positive Elemente, wie wir sie im Kampf der IT-Beschäftigten bei Siemens in München erlebt haben. Es gibt aber auch manche reaktionäre Faktoren und Strömungen. Ich bin mir nicht sicher, worauf wir uns da einzustellen haben.

Was heißt dies alles für unsere Arbeit – die von Gewerkschaftern und Gewerkschaften, von Arbeitnehmervertretern, von Aktiven für eine fortschrittliche Politik im weitesten Sinn? Ich denke, wir müssen uns auf eine Situation einstellen, in der Aufklärung das A und O ist. Wir haben es heute in der Bundesrepublik mit einer Bevölkerung zu tun, bei der politisches Bewusstsein faktisch nicht existiert. Vor allem kein politisches Bewusstsein, das aus Kämpfen heraus entstanden ist. Deshalb besteht die große Gefahr, dass dann, wenn die neuen Reformen ab 2005 zu greifen beginnen, eine rechte, populistische "Alternative" an Boden gewinnt.

## Wie sind die Menschen in Bewegung zu bringen?

Welcher Art muss unsere Aufklärung sein? Wenn ich mir unsere gewerkschaftliche Propaganda anschau – auch das, was wir auf unseren Siemens-Seiten schreiben –

dann stelle ich fest, dass wir ein Problem immer außen vor lassen. Immer wird der Kapitalismus und die Globalisierung als ein ganz abstraktes System beschrieben. Dass Klassenverhältnisse auch bedeuten, dass der Mehrheit, die immer ärmer wird, eine Minderheit gegenüber steht, die immer reicher wird, dass es diese Profiteure sind, die die Entwicklung voran treiben, das kommt in unserer Aufklärung immer zu kurz. Wir müssten in unserer Propaganda aber immer heraus stellen: Wem nutzt das? Stattdessen werden Kapitalismus und Globalisierung als Sachzwänge beschrieben; die handelnden Personen bleiben unerwähnt.

Wenn es aber Sachzwänge sind, dann muss man sagen: dagegen hilft nur Revolution. Und eine solche ist doch derzeit nicht in Sichtweite. Das ist die Problematik, vor der wir stehen. Wir wollen dennoch Leute in Bewegung bringen. Mit Analysen und Argumenten, die wissenschaftlichen Kriterien standhalten. Dann müssen wir zum Beispiel zeigen, dass Hartz IV auf der einen Seite viele Millionen Menschen ärmer machen wird, es auf der anderen Seite aber ein paar Hunderttausend gibt, die deutlich reicher werden. Dies müssen wir aufzeigen, und warum soll man die Leute nicht mit Namen und Hausnummer nennen, in München beispielsweise nicht nur vor der Siemens-Zentrale am Wittelsbacher Platz demonstrieren, sondern auch mal im Nobelvorort Grünwald.

Wir haben es zum zweiten mit einer neuen Sachlage zu tun, die wir in der Siemens-Auseinandersetzung der letzten Monate und Jahre deutlich erlebt haben. Dieser Sachverhalt ist neu und wichtig. Es gibt heute in den sozialen Auseinandersetzungen nicht mehr das klare Muster von einst, dass zum Beispiel die Gewerkschaftsführung ruft, und dann stehen alle für zwei Tage oder zwei Wochen, und wenn danach die Verhandlungen zum Abschluss gekommen sind, halb gut oder halb schlecht, dann ist das Thema erledigt, und die Menschen machen weiter wie vorher. So läuft das heute bei Konflikten nicht mehr. Wir haben es heute – und das hängt mit der Veränderung der Beschäftigtenstruktur zusammen – mit einem Großteil an aufgeklärten Menschen zu tun, die sich engagieren, wenn sie die richtigen Informationen haben und vor allem, wenn sie Alternativen sehen. In diesem Fall werden sie aktiv, und sie geben sich in der Regel nicht mit lauwarmen Lösungen zufrieden. Sie nehmen so etwas auch nicht hin, wenn die Gewerkschaft mit etwas abgeschlossen hat und sagt, so, das war es jetzt, geht wieder nach Hause.

Die Gewerkschaften müssen sich darauf einstellen, dass die sozialen Bewegungen komplexer geworden und die sozialen Kämpfe viel differenzierter zu führen und viel weniger steuerbar sind, als dies noch vielen Gewerkschaftsfunktionären vorschwebt. Es ist schwer zu prognostizieren, was sich in den nächsten Jahren an sozialer Bewegung entwickeln wird. Es ist aber klar, was unser Beitrag zu sein hat. Wir müssen Argumentationsarbeit, Aufklärung leisten, um ein Gegengewicht zu der neoliberalen Propaganda in den Medien und in der Politik zu schaffen. Dann werden die Menschen ihre Konflikte schon selber suchen und durchstehen und versuchen, in die sozialen Strukturen so viele demokratische Elemente wie möglich hineinzubringen. Mehr Demokratie, mehr Transparenz, das sind zentrale Kriterien. Für unsere eigene Arbeit als Gewerkschaften bedeutet dies am Beispiel der Siemens-Betriebe in Nordrhein-Westfalen, dass man

wenigstens vor dem endgültigen Abschluss alle Mitglieder fragt: Ist es das, oder muss man nicht noch mehr drauflegen?

Zur dritten Frage, der gesellschaftlichen Alternative, den Utopien. Früher, in den Siebziger und auch Achtziger Jahren noch, da haben wir in den K-Gruppen bei jedem Streik gesagt, für die arbeitende Klasse, für das Volk heißt die Perspektive Sozialismus. So einfach kann es sich heute keiner mehr machen. Nach 1989, nach der Auflösung der DDR und des ganzen sozialistischen Lagers, gilt für diese Perspektive in Deutschland das Urteil: Das ist sowieso gescheitert. In Deutschland ist das feststehende Negativ-Urteil für alles, was unter der Flagge Sozialismus segelt, noch durchschlagender als anderswo. In Italien liegt das Wählerpotenzial für die beiden kommunistischen Parteien bei rund 10 Prozent. Wenn man dort das Wort Kommunismus in den Mund nimmt, ist man nicht sofort geächtet. Bei uns ist das anders. Wenn wir eine gesellschaftliche Alternative vorstellen wollen, dann müssen wir zunächst den Kapitalismus nicht als abstraktes System vorstellen, das einfach nach seinen Gesetzen funktioniert, sondern als ein System, von dem eine Minderheit profitiert und das der großen Mehrheit wachsenden Schaden zufügt. Und indem wir dies darstellen, wird die ganze Debatte um eine gesellschaftliche Alternative konkreter und präziser. Wir müssen den Kapitalismus kritisieren, indem wir aufzeigen, was er kaputt macht, was er an produktiven Kapazitäten vernichtet, was er an menschlichen Fähigkeiten vernichtet, wie brutal er mit den Menschen umgeht, und den Zusammenhang herstellen zu den Privilegien der kleinen Oberschicht, die von dieser Art Kapitalismus hervorragend lebt. Auf diese Weise wird es für die Menschen leichter erkennbar, dass der Kapitalismus eben ein Klassenverhältnis ist.

Zum Schluss will ich auf ein Problem eingehen, das jetzt mit dem Abschluss der Rahmenvereinbarung Siemens und IG Metall in zwei Siemens-Werken in Nordrhein-Westfalen einen vorläufigen Höhepunkt erlebte. Wir vom Siemens-Team der IG Metall – das sind vier Leute über das ganze Land verteilt – haben das Thema Job-Verlagerung ins Ausland seit über einem Jahr zentral und mit Nachdruck behandelt. Nun ist es ja so, dass Siemens schon seit langem Jobs verlagert. Schon seit 15 Jahren verlagert Siemens Jobs in der Fertigung mit hohem Lohnanteil in Niedriglohnländer. Die meisten dieser Jobs sind ja schon in Tschechien, in der Slowakei oder jetzt noch weiter östlich, weil die Slowakei inzwischen auch zu teuer ist. Seit einem Jahr aber wird deutlich, dass dieser Verlagerungstrend bei Siemens jetzt alle Konzernbereiche erfasst, die nicht unbedingt in Deutschland lokalisiert sein müssen. Also auch Verwaltung, Buchhaltung, Einkauf, Programmierung, Entwicklungsarbeiten im weitesten Sinn. Wir haben dieses Offshoring-Thema in unserer Öffentlichkeitsarbeit systematisch hochgezogen, das Thema auch mit Hilfe einiger konzerninterner e-mails in die breite Öffentlichkeit gebracht.

## Die Erpressungsstrategie von Siemens

Es gab dann auch eine entsprechende Siemens-Manager-Konferenz im letzten Herbst, bei der das Programm erstmals auch offiziell verkündet wurde. Im Dezember fand dann eine Betriebsräteversammlung in Leipzig statt, an der rund 700 Betriebsräte von Siemens teilnahmen. Die

Verkündung des Managements: Liebe Betriebsräte, es gibt nur eine Botschaft, ihr seid zu teuer. Darüber hinaus hatte man nichts mitzuteilen. Es gab auch kein Versöhnungsangebot mehr, wie das bislang bei Siemens üblich war. Von da an haben wir über Monate hinweg eine breitflächige Propaganda über die Jobverlagerung gemacht, die ganz offenbar erfolgreich war. Denn die Medien sprangen darauf an, bis hin zu Günter Jauchs Sendung "Wer wird Millionär?". Das hatte zur Folge, dass das Image des Konzerns in dieser Frage nachhaltig beschädigt wurde. Siemens war zum Synonym für Jobverlagerung, Lohnabsenkung usw. geworden.

Der Siemens-Gesamtbetriebsrat hat sich in der Auseinandersetzung sehr positiv positioniert. Bisher war es oft so, dass wir als Gewerkschaft gesagt haben, hier passiert bei Siemens etwas Schlimmes, und der Gesamtbetriebsrat hielt dagegen: nein, hier passiert gar nichts Schlimmes. Nun wurde dies anders. Im April dieses Jahres publizierte der Gesamtbetriebsrat, dass, wenn der Konzern so weiter macht, in Deutschland 70.000 Arbeitsplätze bei Siemens zur Disposition stehen. Nach einer gemeinsamen Pressekonferenz von IG Metall und Gesamtbetriebsrat griffen die Medien diese Zahl auf. Die Glaubwürdigkeit von Siemens war weiter erschüttert. Auch die Belegschaften waren verunsichert, bis weit in die Kreise der unternehmensnahen gelben AUB.

Die Siemens-Konzernleitung hat dann an einem anderen Punkt angesetzt. Die Handy-Fertigung und die Fertigung von schnurlosen Telefonen, bisher im Ruhrgebiet, sollte, so hieß es, nach Ungarn verlegt werden. Ein entsprechendes Druckpotenzial war aufgebaut: Das Grundstück in Ungarn ist schon da, die Subventionszusagen von Seiten der dortigen Regierung konnten auch schon vorgezeigt werden. Wenn die IG Metall nicht bei der Arbeitszeit und den Löhnen nachgäbe, würde man nach Ungarn gehen. Das alles lief unter dem Propagandatitel: Bekennt sich die IG Metall zu dem Standort Deutschland oder nicht.

Wir haben auf unserer Siemens-Website vorgerechnet, dass das Handy-Geschäft für Siemens ohnehin nicht rentabel ist. Bei jedem Handy mit einem fiktiven Stückpreis von 100 Euro macht Siemens einen Gewinn von 1 Euro vor Steuern. Zum Vergleich: Nokia erzielt einen Gewinn von 20 Euro. Selbst wenn die Belegschaft für Nichts arbeiten, für ein Jahr auf jeden Lohn verzichten würde, wir also noch billiger wären als in China, würde die Rendite lediglich auf 4 Prozent steigen, was gegenüber Nokia immer noch fatal schwach wäre. Die Siemens-Probleme im Handy-Geschäft liegen also woanders. Letzten Endes drängt sich der Gedanke auf, dass bei Siemens das Handy-Geschäft zur Disposition steht.

Gerade wegen dieser Ausweglosigkeit war das Erpressungspotenzial von Siemens so hoch. Die Kolleginnen und Kollegen in Bocholt und Kamp Lintfort haben sich vehement zur Wehr gesetzt, mit Streiks, Betriebsversammlungen, Demos, Aktionen. Es war klar, dass es ein schmerzhaftes Ergebnis geben würde. Dass man aber ein solch miserables Ergebnis abschließen würde, das habe ich nicht vorausgesehen.

Siemens hat sich mit seinen Forderungen: "Wir erhalten den Standort, wenn ihr 40 Stunden arbeitet und 20 Prozent billiger seid" zu 99 Prozent durchgesetzt. Das ist eine Katastrophe, nicht nur weil es eine Niederlage ist. Niederlagen werden wir in der nächsten Zeit sehr viele

einstecken müssen. Es ist auch eine Niederlage, obwohl dort gekämpft worden ist. Auch wenn man kämpft, kann man verlieren. Die Niederlage ist deshalb so bitter, weil in einer Situation, wo man noch Verhandlungs- und Protestpotenzial hatte, sozusagen alles verschenkt worden ist. Und deshalb nennt auch der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates dieses Ergebnis eine Katastrophe.

Das Ergebnis ist deshalb so fatal, weil nicht die mindesten Sicherheitskriterien beachtet wurden. Was wird, wenn sich Siemens noch innerhalb der nächsten zwei Jahre aus dem Handy-Geschäft verabschiedet? Es könnte doch auch sein, dass die Strategie nur darauf hinaus läuft, die Braut schöner zu machen. Der Käufer hat signalisiert: wenn ihr die auf 40 Stunden und 20 Prozent weniger Arbeitskosten runter bringt, dann kaufen wir den Laden, sonst nicht. Was ist, wenn jetzt Kündigungen kommen, und die sind ja keineswegs völlig ausgeschlossen. Sollten dann die Leute nicht rückwirkend wieder auf den alten Lohn gesetzt werden, damit sie auf diesem Niveau Arbeitslosen-Leistungen erhalten? Alle diese Dinge sind nicht gemacht worden. Auch deshalb finde ich dieses Ergebnis sehr ärgerlich.

Was hat das mit unserem allgemeinen Thema zu tun? Viel. Denn Niederlagen werden uns weiter blühen. Wir werden uns und die Belegschaften darauf einstellen müssen. Es gibt nichts mehr zu verteilen. Für die Beschäftigten kein Stück vom Kuchen mehr. Umso mehr müssen wir darauf hinweisen, wer den Kuchen für sich reserviert. Wir haben gestern auf unserer Website vorgerechnet, dass das, was in Kamp Lintfort jetzt eingespart wird, gerade hinreicht, um die Bezüge des Siemens-Vorstandes zu finanzieren. 40 Millionen Euro muss die Belegschaft abgeben. Die 10 Siemens-Vorstände machen 31,6 Millionen im Jahr. Das heißt, wenn 4.000 Leute sich krumm legen, wie bei diesem Abschluss, dann kommen in etwa die Bezüge des Siemens-Vorstandes heraus.

Ein schlagendes Beispiel dafür: Wer profitiert und wer verliert in diesem System.



Werner Seppmann

## Ausgrenzung als Herrschaftsstrategie des neoliberalen Kapitalismus

I. Als das Leben in den kapitalistischen Kernländern auch für die meisten Angehörigen der Unterschichten noch passable Züge trug, alle ihren (wenn auch bescheidenen) Anteil an der gesellschaftlichen Wohlstandsentwicklung hatten und die allgemeine Erwartung existierte, dass das Morgen besser als das Heute werden würde, klangen Interpretationen, wie die des sozialdemokratischen "Staatsphilosophen" Jürgen Habermas, dass durch die sozial- und konsumgesellschaftliche Abfederung die klassengesellschaftlichen Konflikterfahrungen entdramatisiert würden, noch einigermaßen plausibel – auch wenn sie schon damals nicht dem Reflexionsstand kritischer Gesellschaftstheorie entsprachen. Die arbeitenden Menschen hätten sich, so wurde assoziiert, ein Widerspruchsbedürfnis gewissermaßen abkaufen lassen. Wenn dies eine hinreichende Erklärung für die Integrationsfähigkeiten des entwickelten Kapitalismus wäre, müsste es angesichts der gegenwärtigen Krisendynamik um die Machtstabilität in den kapitalistischen Hauptländern schlecht bestellt sein. Durch die eskalierende Widerspruchsentwicklung, den Arbeitsplatzabbau, die Verarmungstendenz und die vielfältigen sozialpolitischen Zumutungen hätte sich vernehmbarer Unmut bemerkbar machen, wenn nicht sogar massive Gegenwehr formieren müssen. Offensichtlich kann davon nicht die Rede sein kann – auch wenn die Menschen über das, was ihnen zugemutet wird, zunehmend wütend sind. Aber sie sind im gleichen Maße in ihrer überwiegenden Mehrheit auch verzweifelt und schicksals ergeben. Zwar beklagen sich nach einer aktuellen Erhebung immerhin 80 Prozent der Bundesbürger darüber, dass zu wenig gegen die sozialen Missstände demonstriert würde – aber so äußern sich eben mehrheitlich jene, die nicht demonstrieren gehen!

Zwar machen die Menschen sich keine Illusionen über die soziale Widerspruchsentwicklung und ihre eigenen bedrohten Zukunftsaussichten. Das ist aufgrund der Intensität, mit der sich die Krise in ihrem Alltagsleben bemerkbar macht, auch kaum möglich. Dennoch interpretieren sie auf der Basis der herrschenden ideologischen Reproduktionsbedingungen die sozialen Bedrohungs- und Eskalationserfahrungen in der Regel in einem machtkonformen Sinne. Durch fehlende Orientierungsmöglichkeiten wird auch ein durchaus vorhandenes Bedürfnis nach Gesellschaftskritik neutralisiert: 80 Prozent der Bundesbürger plädieren für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, 75 Prozent halten sie jedoch nicht für möglich!

Obwohl immer mehr Menschen aus dem System "regulärer" Beschäftigung herausfallen, die Blöcke der Perspektivlosen und Bedürftigen immer größer werden, halten sich die delegitimierenden Konsequenzen für die "Marktwirt-

schaft" in Grenzen. Die Protagonisten der Kapitalinteressen werden anfänglich wohl selbst überrascht gewesen sein, wie problemlos es ihnen aufgrund des Krisendrucks gelang, die Arbeitenden zu disziplinieren und ihnen ihren Willen aufzudrücken. Erst wenige Jahre ist es her, dass durch ABM-Maßnahmen und Qualifikationsangebote noch versucht wurde, die sozialen Widersprüche abzumildern. Solche Aktivitäten werden heute weitgehend als überflüssig angesehen. Stattdessen werden nicht die Arbeitslosigkeit und die Armut bekämpft, sondern die Arbeitslosen und die Armen! "Beschäftigungsförderung" wird nach den aktuellen "Reformgesetzen" mit der Erhöhung des existentiellen Drucks auf die Arbeitslosen gleichgesetzt.

Bei seinem offensiven Vorgehen kann sich der herrschende Block sehr sicher fühlen, denn es ist ihm nicht entgangen, dass die Abspaltung der ökonomisch weitgehend funktionslos gewordenen Bevölkerungsteile nicht nur keine destabilisierenden Konsequenzen hat, sondern im Gegenteil die Ausgegrenzten noch als Bedrohungskulisse nützlich sein können: Ihre Existenz ermahnt die noch Arbeitenden daran, dass es ihnen auch schlechter gehen könnte.

Dass eine verantwortungslose Elite ihre eigenen Interessen zunehmend ohne Rücksicht auf die gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen durchsetzt und bereit ist, die "Überflüssigen" sozial "abzukoppeln", hat einen handfesten Hintergrund: Die Zahl der für die Mehrwerterzeugung nach kapitalistischen Akkumulationsgesetzen noch benötigten Menschen hat rapide abgenommen und wird weiter abnehmen. Es gibt plausible Schätzungen, dass in einem überschaubaren Zeitraum in den imperialistischen Kernländern *nach den herrschenden Verwertungsmaßstäben* nur noch für 20 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung genügend Arbeitsplätze vorhanden sein werden.

II. Wesentliche Bedingung für die Ungefährlichkeit des sozialen Konfrontationskurses für den herrschenden Block sind die subjektivistischen Reaktionen der Betroffenen auf die Krisenprozesse. Sie sind nicht nur verunsichert und besorgt um ihren Arbeitsplatz; die "individualisierte" Krisenverarbeitung geht noch weiter: Wenn sie arbeitslos und ausgegrenzt sind, werden die meisten Menschen von dem Gefühl beherrscht, für ihre Situation selbst verantwortlich zu sein. Diese Reaktionsform legt den Rückzug und das Stillehalten nahe. Solange gesellschaftliche Ausgrenzung jedoch als individuelles Versagen wahrgenommen wird, lähmen Schuldgefühle und Minderwertigkeitsvorstellungen die Widerspruchsbereitschaft, wirkt eine schleichende Existenzangst disziplinie-

rend und politisch neutralisierend. In der radikalisierten Marktgesellschaft materialisieren sich Nietzsches anti-emanzipatorischen Maximen: "Der Wert einer solchen Krise ist, dass sie reinigt und so zu einer Rangordnung der Kräfte den Anstoß gibt: Befehlende als Befehlende erkennend, Gehorchende als Gehorchende."

Aus dieser Situation einer blockierten Widerspruchs- und Auflehnungsbereitschaft hat das Kapital und seine wissenschaftlich verkleideten Propaganda-Redner die Konsequenz gezogen. Unverblümt propagieren sie die Intensivierung der Ausbeutung, stellen sie die erkämpften Sozialstandards in Frage. Mit der faktischen Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche und dem erzwungenen Lohnverzicht ist das Ende der Fahnenstange noch lange nicht erreicht: Ohne taktische Finesse werden die Gewerkschaften als überflüssig und die Mitbestimmungsrechte der arbeitenden Menschen als für den "Wirtschaftsstandort" kontraproduktiv bezeichnet. "Jetzt muss es erst recht weitergehen", ist in diesen Tagen vom Kapital und seinen Propaganda-Rednern lautstark zu hören, werden selbst Arbeitszeiten von 50 Wochenstunden und der Verzicht auf Urlaubswochen gefordert. Auf den Gebrauch von Verschleierungsformeln über einen sozialen Interessenausgleich wird dabei verzichtet: Soziale Rücksichten werden nicht nur als überflüssig angesehen, sondern sogar als ökonomisch schädlich dargestellt.

**III.** Alleine aus dem angesprochenen Modus selbstunterdrückender Krisenverarbeitung ist die ideologische Vormachtstellung des herrschenden Blockes jedoch nicht zu erklären. Eine wesentliche Voraussetzung zur Erringung der Meinungsführerschaft war die Gleichschaltung der Bewusstseinsindustrie diesseits *und* jenseits der Privatisierungszone; sie wurde zu einem wichtigen Hebel, um der interessendominierten Sichtweise des Kapitals eine Aura des Allgemeingültigen zu verleihen und ihr eine Monopolstellung zu sichern. Der Medienapparat hätte aber seine gründliche Überzeugungsarbeit nicht leisten können, wenn er nicht auf eine gleichgeschaltete Wissenschaft, auf einen "ökonomischen Sachverstand" hätte zurückgreifen können, der nicht nur mit penetranter Ausdauer falsches von sich gibt, sondern sich dessen auch bewusst sein muss, beispielsweise wenn behauptet wird, dass die Unternehmensbesteuerung im internationalen Vergleich zu hoch sei und die Lohnstückkosten in Deutschland den "Wirtschaftsstandort" gefährden würden.

Ein Beispiel unter vielen ist die Forderung des neuen Bundesbankpräsidenten Axel Weber bei seinem ersten Interview nach Amtsantritt im Juni 2004: "Die deutschen Steuersätze müssen international konkurrenzfähig werden". Kann es einem renommierten Finanzwissenschaftler unbekannt sein, dass im Vergleich mit den wichtigsten Industrienationen, selbst die nominalen Unternehmenssteuersätze in Deutschland sich im Mittelfeld bewegen und (dank großzügiger Steuerregelungen) die *realen* Abgabenbelastungen die Bundesrepublik als eine Steuer-oase erscheinen lassen? Kann es einem Ökonomie-Professor entgangen sein, dass aufgrund der steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten deutschen Großunternehmen trotz (nominal) höherer Steuersätze hierzulande real nur die Hälfte an Steuern "abverlangt" wird, als es beispielsweise in den Vereinigten Staaten der Fall wäre? Das ausländische Kapital hat die Chancen schon lange erkannt:

Nach Auskunft der amerikanischen Handelskammer in Frankfurt/M. war für US-amerikanische Unternehmen in Europa der Standort Bundesrepublik bei der Verlagerung von Holding-Zentralen in den letzten Jahren die erste Wahl. Selbst bei Ansiedlungen von Produktionsbetrieben belegt Deutschland noch den dritten Platz in Europa, weil höhere Lohnkosten im Vergleich mit anderen Standorten durch entsprechende Qualifikation und die höhere Produktivität der Arbeitskräfte ausgeglichen werden.

Die neoliberalistische Gleichschaltung (nicht nur) der ökonomischen Wissenschaften, ist im engen Zusammenhang mit einer zunehmenden privatwirtschaftlichen Durchdringung der Universitäten und Wissenschaftsinstitutionen, einer interessengeprägten Vergabe von Forschungsaufträgen und der Verbreitung privater Stiftungsprofessuren zu sehen. Flankiert wird diese Entstaatlichung der wissenschaftlichen Strukturen, durch die Aktivitäten von Brückenköpfen des Neoliberalismus, wie der "Bertelsmann-Stiftung", die eine zentrale Rolle u.a. bei der Planung einer "betriebswirtschaftlich orientierten" Umstrukturierung der Hochschulen spielt. "Was sich in der Wirtschaft getan hat", soll nach den Plänen eines 'Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft', im "Studium nachvollzogen" werden. Tatsächlich ist diese Umorganisation, die Orientierung universitärer Wissenschaft auf eine kurzatmige Verwertungsperspektive, im vollen Gange.

Es existiert eine neue Qualität der ideologischen Apparate und ihrer flächendeckenden Durchsetzungsfähigkeit, die es noch kritisch zu analysieren gilt. Jedoch ist evident, dass der Einfluss des herrschenden Denkens nicht so nachhaltig wäre, wenn die Menschen durch die Arbeitsplatzunsicherheit und die krisenverursachten Zukunftsängste nicht zunehmend kopflös reagieren würden. Verstärkt durch eine verbreitete Orientierungslosigkeit, greifen sie als letzten Strohalm gegen ihre existentiellen Ängste zu den virulenten Propagandaformeln des herrschenden Blocks, hoffen, dass durch Lohnverzicht und gewerkschaftliche "Bescheidenheit" doch noch die Arbeitsplätze gesichert und neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen würden. Durch den Krisendruck kann ein großer Teil der abhängig Beschäftigten in ideologische Geißelhaft genommen und ihnen die interessengeprägte Weltsicht des Kapitals aufgedrängt werden.

**IV.** Dass die Zugeständnisse aus einer ökonomischen Schönwetterperiode eingesammelt werden und der soziale Konfrontationskurs verschärft wird, hat nicht nur mit dem gewöhnlichen "Heißhunger des Kapitals nach Mehrwert" (Marx) zu tun. Diese Antriebsfeder ist natürlich den kapitalistischen Protagonisten grundsätzlich zu unterstellen. Jedoch drückt sich in den neoliberalistischen Strategien noch etwas anderes aus: Sie sind die Konsequenz einer fundamentalen Veränderung der Akkumulationsbedingungen. In der Phase eines prosperierenden Kapitalismus war es der Arbeiterklasse gelungen, ihren Anteil am gesellschaftlichen Mehrprodukt zu erhöhen. Die ökonomischen Voraussetzungen, die diesen Verteilungseffekt ermöglichten, erodierten jedoch nach dem Ende der konjunkturellen Sonderentwicklung der 50er und 60er Jahre und dem Beginn einer latenten Kapitalverwertungskrise in den 70er Jahren.

Die Beibehaltung des "wohlfahrtsstaatlichen" Verteilungsniveaus wäre nur durch eine weitere Absenkung der Profitraten möglich gewesen, die auch schon aufgrund des dem kapitalistischen Akkumulationssystems immanenten Effektes ihres "tendenziellen Falls" (Marx) unter Druck geraten waren: Der Anteil des konstanten Kapitals (der Umfang des Anlagevermögens) wächst aufgrund des Konkurrenzdrucks kontinuierlich an; immer mehr Kapital muss investiert werden, um in der eskalierenden Konkurrenzfiguration bestehen zu können. Wer nicht den Konkurrenten unterliegen will, muss um (fast) jeden Preis expandieren, immer mehr Kapital in die Erweiterung und Rationalisierung der Produktionsanlagen, aber auch in die Produktentwicklung und die Eroberung neuer Märkte investieren. Die Intensivierung der Ausbeutung und die Zurückführung der Lohnquote stellt sich aus der Interessenperspektive des Kapitals als der einzige Ausweg dar, um dieser "Profitklemme" zu entkommen.

Dass durch die kostenintensive Verschärfung des Konkurrenzverhältnisses zwischen den Kapitalien, aber auch durch den gestiegenen Aufwand für die Reproduktion des Kapitalverhältnisses selbst, die Verteilungsmasse kleiner und damit der Spielraum für die Durchsetzung reformistischer Konzepte enger geworden ist, bedeutet jedoch nicht, dass der Verteilungsspielraum ganz verschwunden ist. Er lässt sich jedoch nur noch durch konfliktbereite Strategien ausschöpfen, die, wenn sie auch nur ansatzweise erfolgreich sein sollen, nicht mehr viel mit den "sozialpartnerschaftlichen" Ritualen der Vergangenheit zu tun haben können.

Da aus Gründen der Akkumulationsdynamik aus der Sicht des Kapitals eine radikale Neuorientierung sich als zwingend erforderlich darstellte, war es nur eine Frage des günstigen Augenblicks, bis das Kapital versuchen würde, das Rad der Geschichte zurück zu drehen. Und dieser Augenblick war mit dem krisenbedingten Anwachsen der Arbeitslosenzahlen gekommen. Eine zunehmende Verunsicherung der um ihre Arbeitsplätze besorgten Beschäftigten bot die Chance, die Interventionsmöglichkeiten ihrer Interessenorganisationen einzudämmen und die strukturellen Voraussetzungen für die Intensivierung der Ausbeutung zu schaffen. Nach einer Phase der Zugeständnisse an die Arbeiterklasse wurde die Arbeitswelt von einer rückwärtsgewandten Dynamik geprägt: Erreichtes wurde in Frage gestellt, die Verschlechterung der Arbeits-, langfristig auch der Lebensbedingungen voran getrieben.

**V.** Die soziale Umgestaltung lief über mehrere Etappen ab: In einer ersten Offensive wurden in der Bundesrepublik Anfang der 80er Jahre (in anderen Ländern schon etwas früher) tiefgreifende betriebliche Veränderungen vorgenommen, die nicht nur die Produktivität erhöhten, sondern allmählich auch die Widerstandsfähigkeit der Belegschaften schwächten. Rationalisierungsmaßnahmen wurden nicht zur Erweiterung des Produktionsvolumens, sondern zum Abbau von Arbeitsplätzen eingesetzt: Tote Arbeit dominierte stärker über die lebendige, als es vor der Umgestaltungsoffensive der Fall war. Systematisch wurde dabei eine Ausdünnung der Stammbeschaften betrieben, die (zumindest in den großen Betrieben) die Träger einer gewerkschaftlichen Interessenvertretung waren. Bei Neuanstellungen wurden die

traditionellen Kernbelegschaften durch Angelernte, zunehmend auch durch Zeitarbeiter ersetzt. Darin liegt aber ein großes Problem, denn Zeitarbeiter stellen innerhalb des betrieblichen Ablaufes sehr oft eine weitgehend selbstständige Gruppe dar, die ihre eigenen Interessen haben und zwar hauptsächlich nach Festeinstellung. Deshalb verhalten sie sich oft besonders beflissen und angepasst.

Zusätzlich wurde durch betriebliche Auslagerungen die Verhandlungsposition der Beschäftigten geschwächt. Verschiedene Betriebsteile und Zuliefersegmente konnten nun gegeneinander ausgespielt werden: Zu spalten, um zu herrschen, wurde von nun an zum vorrangigen Mittel der Unternehmerstrategien. Die Unsicherheit des Arbeitsplatzes wurde den Beschäftigten immer wieder vor Augen geführt. Nach einiger Zeit reichte es schon aus, mit der Möglichkeit der Auslagerung zu drohen, um weitreichende Zugeständnisse zu erreichen.

Auch durch die Neuorganisation der internationalen Arbeitsteilung in Folge einer kapitalistischen "Globalisierung" ist die Selektionsmacht des Kapitals größer geworden. Weil ein weltweites Arbeitskrätereservoir zur Verfügung steht, kann der Druck auch auf die relativ privilegierten Beschäftigten in den kapitalistischen Zentren verstärkt und die Ausbeutung intensiviert werden. Bisher gültige Normen für Leistung und Bezahlung werden in Frage gestellt, durch die Deregulierungsprozesse und den Flexibilisierungsdruck die Beschäftigten mit dem Weltmarktpreis für lebendige Arbeit konfrontiert. Durch solche Prozesse der "Informalisierung" werden die Verhandlungspositionen der Arbeitenden und ihrer Interessenorganisationen entscheidend geschwächt.

Je tiefgreifender die Umgestaltungen waren und je "erfolgreicher" die Kapitalinteressen sich durchsetzen konnten, um so mehr beschleunigte sich die Dynamik der Ausgrenzung und vergrößerte sich das Arbeitslosenheer. Denn mit den steigenden (und ab einem gewissen Zeitpunkt auch explodierenden) Unternehmensgewinnen wuchs das Kapitalvolumen, das in arbeitsplatzvernichtende Rationalisierungen investiert werden konnte. Als Ergebnis trat das Gegenteil von dem ein, was vom einem sogenannten "ökonomischen Sachverstand" mit demagogischem Eifer verbreitet wurde: Mit der Absenkung der Lohnquote (dem Anteil der Einkommen aus unselbstständiger Arbeit am Brutto-Sozialprodukt) und dem Anstieg der Unternehmensgewinne wurden nicht neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen, sondern Arbeitsplätze in immer schnellerem Tempo vernichtet.

**VI.** Nachhaltig veränderte sich durch den Krisendruck die Machtbalance zugunsten des Kapitals. Die Festigung seines gesellschaftlichen Einflusses war die Voraussetzung zur Durchsetzung der neoliberalistischen Kapitalverwertungsstrategien: Im Namen des Marktes und der Wettbewerbsfähigkeit *soll* soziale Ungleichheit institutionalisiert und *sollen* soziale Schutzrechte abgebaut, durch die Entfesselung der Marktkräfte die Beschäftigten eingeschüchtert und dadurch die Intensivierung der Ausbeutung voran getrieben werden. Weil für den entwickelten Kapitalismus das atemlose Vorwärtstreben von existenzieller Bedeutung ist, wird die Angst vor dem Versagen und eines damit verbundenen sozialen Absturzes als ultimative Leistungsstimulanz institutionalisiert.

Um Erfolg zu haben, sagte in einem Pressegespräch der Chef des Computer-Multis Intel, muss ein Klima der Angst herrschen: "Angst hilft, Mitarbeiter zu mobilisieren, gerade in Zeiten des Erfolgs."

Durch den disziplinierenden Krisendruck ist das Kapital in die Lage versetzt worden, die tiefgreifenden gesellschaftlichen Umstrukturierungen in seinem Sinne vorzunehmen. Intendiert ist es, alle gesellschaftlichen Bereiche dem Renditestreben zu öffnen, das Leben in seiner Gesamtheit dem Rhythmus der Kapitalverwertung zu unterwerfen. Um das zu ermöglichen, müssen die gewerkschaftlich erkämpften Schutzbestimmungen demontiert, müssen alle Regelungen, die dazu gedacht waren, soziale Unsicherheit und die soziale Verletzlichkeit der Arbeitskraftverkäufer zu minimieren, in Frage gestellt werden. Nur wenig kaschiert existiert bei den "Deregulieren" die Bereitschaft, auch antizivilisatorische Konsequenzen in Kauf zu nehmen. Denn wenn das Kapital die Verwertungsoptimierung erreichen und langfristig sichern will, muss es nicht nur gravierende Ungleichheit, sondern auch spürbare Formen der Bedürftigkeit und Armut geben: Das Versinken in soziale Bedeutungslosigkeit muss für jede Frau und jeden Mann, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben, im Bereich des Möglichen liegen. Deshalb sollen soziale Hilfsleistungen auch unter das Existenzminimum abgesenkt, sie einer großen Gruppe ganz verweigert werden.

Auch die ideologische Hegemonie kann durch die Verallgemeinerung von Unsicherheit gewährleistet werden, denn durch die Bedrohungserfahrungen erhöht sich die Bereitschaft der Menschen, den Sirenenrufen des Kapitals leichtfertig Glauben zu schenken, beispielsweise, dass "alle in einem Boot" sitzen würden und durch Lohnzurückhaltung und die "Deregulierung" des Sozialstaates in Kombination mit steigenden Unternehmergewinnen Arbeitsplätze gesichert würden.

Zwar hat es jenseits der bundesrepublikanischen Grenzen seit Mitte der 70er Jahre Widerstandsbewegungen der Arbeiterklasse gegeben, fanden in Belgien, Dänemark, Griechenland, Italien und Spanien Generalstreiks statt. Unvergessen ist auch der heroische Abwehrkampf von Teilen der englischen Arbeiterklasse gegen die neoliberalistischen Strategien. Jedoch sind alle Aktionen gescheitert: Die strukturelle Schwächung der Arbeiterklasse ermöglichte die weitgehend ungefilterte Durchsetzung der Kapitalinteressen.

**VII.** Den herrschaftsstabilisierenden Effekten der gegenwärtigen Krise liegt eine Spaltung der Gesellschaft in voneinander geschiedenen Realitätsebenen, mit eigenen Wertmustern, Regeln und Entwicklungstendenzen zugrunde. Marginalisierung ist nicht mehr nur ein temporärer Kriseneffekt, sondern hat eine strukturelle Dimension angenommen: Während in den Bereichen der arbeitgesellschaftlichen "Normalität" immer mehr und immer besseres bei gesteigertem Aufwand an Lebenszeit und Lebensenergie geleistet werden muss, wächst die Gruppe der vom Kapital nicht mehr benötigten und deshalb ins soziale Abseits gedrängter Arbeitskraftverkäufer, die zur Untätigkeit verdammt sind.

Die soziale Welt gliedert sich in zwei voneinander getrennte Bereiche auf: In ein "offizielles" Segment mit seinen Computern und Konsumversprechen, aber auch

maßlosen Leistungsstandards und rücksichtslosen Erfolgserwartungen. Trotz dominierender Unsicherheit, werden ihre "Bewohner" von der Hoffnung geleitet, ihren Sozialstatus verteidigen zu können. Dieser "Normalitäts"-Zone zugeordnet ist ein neuer Untergrund, in dem die weniger Leistungsfähigen und nach kapitalistischen Effizienz-Kriterien funktionslos gewordenen, die Ausgebrannten und "Versager" abgeschoben werden. Weil in ihr das Leben wesentliche Sinnbezüge und soziale Kohärenz verloren hat, ist es eine Welt, die nur geringe Zuversicht vermittelt, ihr wieder entkommen zu können. Um emotional und sozial überleben zu können, entwickeln die Ausgegrenzten eigene Wahrnehmungs- und Mentalitätsformen, Zeitperspektiven und Verhaltensstrategien, die den sozialen Rückzug und das Stillehalten nahe legen. Ein offensives Protestverhalten liegt ihnen fern, und auch an Wahlen beteiligen sie sich nur unterdurchschnittlich.

Der Dreh- und Angelpunkt dieser sozio-kulturellen Aufsplitterungs- und Spaltungsprozesse ist der Verlust einer sinnvollen Berufstätigkeit. Denn mit ihrer Arbeit verlieren die Menschen nicht nur einen wesentlichen Realitätszugang, sondern auch jenes notwendige Maß an Selbstsicherheit, das im alltagspraktischen Lebensvollzug unverzichtbar ist. Durch ihre Ausgrenzung aus der Arbeitswelt als dem Kernbereich der individuellen und sozialen Reproduktion verlieren die Arbeitslosen die Fähigkeit zu personaler "Weltaneignung". Die Bewältigung der Alltagsprobleme wird erschwert, weil die arbeitsvermittelten Orientierungsmuster abhanden gekommen sind; zu beobachten ist bei längerer Erwerbslosigkeit, bzw. sozialer Randständigkeit die allmähliche Erosion elementarer Techniken der Lebensbewältigung. Realitätsverlust und Orientierungslosigkeit (und daraus resultierende Angstzustände) sind neben dem dominierenden Gefühl der Ohnmacht und Leere prägende Merkmale der psychischen Erlebniswelt der Krisenopfer. Ihr Leben ist des gesicherten Rahmens beraubt, den die berufliche Tätigkeit schuf. Zeitgefühl und Zeitwahrnehmung werden zunehmend unscharf und Minderwertigkeitskomplexe dominieren ihren sozialen Habitus.

Durch den Angriff auf die psycho-soziale Stabilität der Krisenopfer, ihre Verunsicherung und Einschüchterung wird zwar ein kurzfristiger Disziplinierungseffekt erreicht, langfristig jedoch das normative Fundament der bürgerlichen Gesellschaft beschädigt. "Produziert" werden intellektuelle Desorientierungen und psychische Instabilitäten, die einen Nährboden für "abweichendes Verhalten" und soziale Anomien (zu denen rechtsextremistische Einstellungen und eine Affinität zum Irrationalismus gehören) bilden, die das zivilisatorische Gleichgewicht bedrohen. Deshalb müsste, wer heute den Kapitalismus noch "pazifizieren" will, bereit sein, ihn grundsätzlich in Frage zu stellen. Das mag ein wichtiger Grund dafür sein, dass auch ehemalige Befürworter eines "sozialstaatlichen Interessenausgleichs" sich mit Haut und Haaren der neoliberalistischen Ideologie verschrieben haben und die Sozialdemokratie sich von jeglicher Gerechtigkeits- und Wohlfahrtsprogrammatik verabschiedet hat. Denn jeder ernsthafte Versuch, die aufgestauten Probleme sozialverträglich und zukunftsorientiert zu lösen, überschreitet den Systemhorizont: Auch wer den Kapitalismus bloß reformieren will, muss ihn abschaffen wollen.

Die kapitalistisch dominierte Lebenspraxis befindet sich mit ihren Demütigungen und Bedrohungen im Widerspruch zu den Selbstverpflichtungen einer bürgerlichen Gesellschaft, die einmal ein allgemeines Wohlergehen und die Vernünftigkeit der sozialen Verhältnisse auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Weil jedoch durch die strukturellen Bedingungen einer neoliberalistisch geprägten Wirtschaft und Gesellschaft individueller Nutzen immer öfter nur noch auf Kosten der Anderen erreicht werden kann, ökonomisches Handeln immer häufiger sozialdestruktive Konsequenzen hat (etwa, wenn aus Gründen der Profitsteigerung Arbeitsplätze vernichtet werden, oder "Marktkonsolidierung" die Beseitigung der Konkurrenz erfordert), wird ein gesamtgesellschaftlich wirksamer Zerstörungsdruck erzeugt: Die im Wirtschaftsleben prägend gewordenen Verdrängungs- und Ausgrenzungsstrategien dominieren das soziale Klima, führen zu einer kaum noch einzudämmenden "Kultur des Hasses" (Hobsbawm). Sie bildet den Nährboden für kollektive und individuelle Gewaltformen, die nicht nur einfach an Umfang und Intensität zugenommen haben, sondern in nicht wenigen gesellschaftlichen Segmenten zur "Selbstverständlichkeit" geworden sind. Ein permanenter Erfolgsdruck führt (fast) zwangsläufig zu einer Verrohung der Verhaltensweisen und einer Barbarisierung der kulturellen Standards: Der aggressive Jugendliche, der auf seinen Mitschüler einschlägt, obwohl dieser längst am Boden liegt, ist nur das Spiegelbild jener "erfolgreichen" Manager, die Extraprämien kassieren, weil sie besonders viele Arbeitsplätze vernichtet haben.

**VIII.** Das Besondere an der gegenwärtigen Gesellschaftsentwicklung besteht jedoch nicht nur im zunehmenden Zivilisationsverlust, in der Radikalisierung der Ausbeutungsstrategien oder einer Polarisierung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit. Eklatant ist vor allem die Tatsache, dass Spaltungstendenzen existieren, die mitten durch die Schichten der Arbeitskraftverkäufer selbst verlaufen: Da gibt es diejenigen, die Arbeit haben und es gibt die Arbeitslosen, deren Lage alles andere als einheitlich ist. Denn aus der Gruppe der Arbeitslosen kristallisiert sich ein Kern von Menschen heraus, die keine realistische Chance mehr besitzen, jemals wieder beschäftigt zu werden. Dazu gehören beispielsweise jene, die schon länger als zwei Jahre ohne Arbeit sind und deren Wiedereingliederungschance in das Berufsleben gegen Null tendiert.

Aber es gibt auch noch die Spaltung innerhalb der Arbeitswelt, ja innerhalb des einzelnen Betriebes: Um die Kernbelegschaften breiten sich Zonen mit extrem belastenden, niedrig entlohnten und sozial unsicheren Arbeitsverhältnissen aus. Karl Heinz Roth hat schon vor einem Jahrzehnt die Spaltungstendenz innerhalb der Lohnarbeit plastisch beschrieben: "Die bisherigen flächendeckenden Hochlohngebiete werden auf die terroristisch-sozialpolitisch integrierten 'Betriebsgemeinschaften' der Entwicklungs- und Fertigungszentren der 600 transnationalen Konzerne begrenzt, die höchstens 15 bis 20 Prozent der lohnabhängig Beschäftigten" ausmachen.

Diesen Kernbelegschaften ist eine privilegierte Stellung zudedacht, weil sie einen Stabilisierungsfaktor darstellen: Auf der Basis neuer korporativistischer Strukturen (bestehend aus sozialer "Privilegierung" und gruppenzentrier-

ten Organisationsstrukturen der Arbeitsprozesse) sollen in den qualifizierten Produktionsbereichen alle Kreativitätspotenziale und Leistungsreserven ausgeschöpft werden. Ihnen zugeordnet sind die dem oberflächlichen Blick "verborgenen Stätten der Produktion" (Marx) mit Arbeitsbedingungen und Sicherheitsstandards, die sich vom Regelgeflecht in den industriellen Kernbereichen gravierend unterscheiden: Repräsentativ sind die Relationen beim "Toyota-System", das häufig als positives Beispiel einer "neuen Arbeitswelt" mit Kompetenzerweiterungen für die Beschäftigten angeführt wird. Aber eine gesicherte Beschäftigung mit auskömmlichen Sozialstandards und "strukturinnovativer Arbeitsgestaltung" haben bestenfalls jene 10 bis 15 Prozent der Produktionsarbeiter in der Endmontage. Diese hochtechnologische Ebene, bildet nur "die Spitze einer Pyramide ... , die auf einer Basis von insgesamt 45.000 Zulieferern beruht. Je weiter sich diese von der Spitze entfernen, um so stärker arbeiten sie nach konsequent arbeitsteiligen Methoden: 171 Zulieferer sogenannten 'ersten Ranges' stellen vollständige Teilstücke bereit, die in Zusammenarbeit mit der Mutterfirma entwickelt wurden; 5.000 Zulieferer zweiten Ranges versorgen die Zulieferer ersten Ranges mit Komponenten; und 40.000 Zulieferer dritten Ranges liefern die Teile für letztere. Je weiter man sich von der Spitze der Pyramide entfernt, desto geringer werden das technische Niveau der Unternehmen, die Ausbildung des Personals und die Löhne. Bei den computergesteuerten und robotisierten Zulieferbetrieben ersten Ranges, die zwischen 100 und 500 Personen beschäftigen, liegen die Löhne 25 % unter denen der Mutterfirmen. Bei den Zulieferern mit weniger als 100 Arbeitnehmern liegen sie 45 % niedriger und für prekäre, unregelmäßige und in Stücklohn bezahlte Arbeit noch niedriger." (A. Gorz)

Um die "privilegierten" Kernbelegschaften in den industriellen Zentren mit auskömmlichen Einkommen und Sicherheitsgarantien wachsen in schnellem Tempo prekäre Beschäftigungsbereiche, in denen deutlich reduzierte Einkommen gezahlt werden und in denen die soziale Absicherung der Beschäftigten nur noch lückenhaft ist. Der Anteil dieser unsicheren und (gemessen an den erreichten Sozialstandards) benachteiligten Beschäftigungsverhältnisse beträgt in den meisten Industrieländern 35 Prozent – mit stark steigender Tendenz. In Großbritannien beispielsweise ist nur noch jeder sechste Arbeitsplatz unbefristet. Ein sogenanntes "Normalarbeitsverhältnis" wird durch kurzzeitige Kontrakte, Leiharbeit, Arbeit auf Abruf und diverse Formen von Scheinselbstständigkeit zurück gedrängt. Vor allen der größte Teil der Neueinstellungen vollzieht sich in diesen "endtraditionalisierten" Formen.

Während auch in konjunkturellen Schwächeperioden die Konzerne bemüht sind, ihren Kern von Stammarbeitern (die nicht zuletzt in Folge der Automatisierung ein hohes Qualifikations-Fertigkeitsniveau besitzen) zu halten, sind die Beschäftigten in den "ungeschützten" Arbeitsverhältnissen unmittelbar den Marktschwankungen ausgesetzt: Sie werden geheuert und gefeuert, wie es gerade der Auftragslage entspricht. Das Leben dieser Gruppe ist sozial unsicher und beständig vom Absturz in die Bedürftigkeit bedroht: "Ein neues Proletariat ist im Entstehen, dem die kollektiv geregelten Normalarbeitsverhältnisse und die sozialstaatlichen Vermögenssurrogate für die Wechselfälle des Daseins zunehmend fremd werden. Es wird über den aktuellen Krisenzyklus hinaus langfristig

durch die Erfahrung von Erwerbslosigkeit, von prekären Beschäftigungsverhältnissen, von 'zweiten' und 'dritten' Arbeitsmärkten und von abrupt eintretenden Armutsphasen geprägt sein." (K.-H. Roth)

Diese Entwicklungen in der Arbeitswelt haben eine fatale Konsequenz für das Sozialbewusstsein der Beschäftigten: Durch ungleiche Eingruppierungen, arbeitsrechtliche Differenzierungen, insgesamt einer Atmosphäre der Unsicherheit, ist es für die Betroffenen schwieriger geworden, die strukturellen Gemeinsamkeiten ihrer sozialen Lage zu erfassen und Vorstellungen über die gemeinsamen Interessen zu entwickeln.

**IX.** Diese Entwicklungen sind zum prägenden Moment beim gegenwärtigen Umbau der Klassengesellschaft geworden. Nicht die Ausbeutung ist neu, aber es sind die Formen, in denen sie organisiert wird. Die Klassenlandschaft erhält zusätzliche Polarisierungsmomente innerhalb ihrer Basisbereiche: Die Arbeitskräfte werden unterschiedlichen Segmenten der Arbeitswelt mit unterschiedlichen Rechts- und Entlohnungsformen sowie divergierenden Standards der sozialen Absicherung und Perspektiven der Beschäftigungskontinuität zugeordnet.

Ein eklatanter Ausdruck der innerbetrieblichen Spaltungsprozesse sind die von den Stammbeschafteten mitgetragenen Schließungsprozesse. Bestehende Tarife und arbeitsrechtliche Vereinbarungen werden für sie festgeschrieben, aber eine zusätzliche "Lohnebene" wird für neue Beschäftigte geschaffen: Sie verdienen weniger und müssen unter ungünstigeren Bedingungen mehr leisten; den betrieblichen Flexibilitätserwartungen sind sie meist ungeschützt ausgesetzt.

Dass aufgrund der realen Zersplitterung es für die Betroffenen schwieriger geworden ist, ihre gemeinsamen Interessen zu erkennen, ist sicherlich der wichtigste Aspekt der geschilderten Strategien der Herrschaftsstabilisierung durch Spaltung, Ausgrenzung und Abschließung. Fraglich bleibt natürlich, wie sie auf Grundlage der vielen trennenden, auch entsolidarisierenden Erfahrungen gelingen kann.

Auf jeden Fall müssen neue Wege gemeinsamer Interessenartikulation gefunden werden! Es ist wichtig, nicht davor die Augen zu verschließen, dass traditionelle Organisations- und Politikkonzepte immer häufiger an Grenzen stoßen. Die Arbeiterbewegung wird sich darauf einstellen müssen, dass die durch den betrieblichen Rahmen definierten Organisationsstrukturen in den kommenden Auseinandersetzungen nicht ausreichen werden. Das bedeutet nicht, dass die "Kernbereiche" der Arbeitswelt nebensächlich würden. Im Gegenteil, ihre politische Bedeutung muss wieder stärker werden, wenn der Widerstand Profil gewinnen soll. Eine angemessene Bedeutung in den konkreten politischen Auseinandersetzungen können die "Zentren" jedoch nur dann zurück gewinnen, wenn sie "organischer" Teil einer sozialen Bewegung werden, die inhaltlich über den betrieblichen Rahmen hinaus weist.

Wirksame Interessenvertretung wird künftig die Mehrschichtigkeit der *unmittelbaren* Interessen der Arbeitenden und der Arbeitslosen, d.h. auch ihre differenzierte Wahrnehmung der Konfliktsituationen in Rechnung stellen müssen. Nur wenn Krisenopfer und "Etablierte" ihre Interessenidentitäten begreifen, Lohnarbeitern und Lohnarbeiterinnen mit unterschiedlichem Sozialstatus klar wird, dass ihre Existenzbedingungen zwar fragmentierter, ihr ökonomischer *und politischer* Gegensatz zum Kapital aber profilierter geworden ist, können die entsolidarisierenden Effekte überwunden und eine gemeinsame Handlungsperspektive erarbeitet werden.

Vom Autor ist soeben zum vorliegenden Thema als Marxistische Blätter Flugschrift Nr. 17 der Text "Ausgrenzung und Ausbeutung" erschienen. Ca. 70 Seiten, Preis 4 Euro. Neue Impulse Verlag, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen, Telefon 0201/24 86 482. Mail: Neuelpulse@aol.com

Leo Mayer

## Zur Bildung eines politischen Blocks gegen die Vorherrschaft des Neoliberalismus

Aus allen Medien schlägt uns die Meinung der Unternehmerverbände, der Regierung und der Parteien von FDP über CDU/CSU bis zur SPD entgegen: die Gewerkschaften sind eine Plage für das Land; nur noch die Betonköpfe in den Gewerkschaften wehren sich gegen die notwendigen Reformen; sie haben die Zeichen der Zeit nicht erkannt; sie sind isoliert, weil es sich bei ihnen um egoistische Besitzstandswahrer handelt. Die Süddeutsche Zeitung schreibt über die gewerkschaftlichen Proteste: "Allein gegen Alle" (SZ, 28.6.04)

So wird suggeriert, dass die Gewerkschaften keinen Partner hätten, außer der neoliberal gewendeten SPD. So soll darüber hinweggetäuscht werden, dass Ablehnung und Protest gegen die neoliberale Politik wachsen. So soll vernebelt werden, dass Chancen entstehen, einen gesellschaftlichen Block gegen den Neoliberalismus zu bilden.

Für die Möglichkeiten zur Bildung dieses anti-neoliberalen Blocks spielen die Gewerkschaften eine ausschlaggebende Rolle. Allerdings muss sich dafür in den Gewerkschaften die Erkenntnis verbreitern und festigen, dass es auf der Grundlage der Agenda 2010 keine politischen Schulterschlüsse mit der Regierung geben kann. Eine weitere Voraussetzung ist, dass sich auch die Gewerkschaften in ihrem Politik- und Organisationsverständnis erneuern; sowohl nach innen, wie nach außen. Ich will hier nicht näher darauf eingehen und verweise auf das isw-Forum 2002, bei dem wir uns mit dieser Thematik beschäftigt haben. (vgl. isw-report 52)

Die Suche nach Alternativen hat wieder begonnen. Entgegen den Prognosen neoliberaler Ideologen ist das Ende der Geschichte nicht erreicht. Es gilt, die Neugier auf ein selbstbestimmtes, solidarisches Leben jenseits des Kapitalismus zu wecken. Gleichzeitig sollten wir beachten, dass gesellschaftliche Alternativen nicht am Grünen Tisch oder aus Wunschvorstellungen über eine "Schöne Neue Welt" entstehen. Alternativen entstehen aus der Konfrontation entgegengesetzter sozialer Klassen und übergreifender gesellschaftlicher Blöcke zur Lösung der gesellschaftlichen Widersprüche und aus den angesammelten Erfahrungen der sozialen Bewegungen. Es sind die sozialen und zivilisatorischen Widerspruchenentwicklungen, die dazu führen, dass sich eine wachsende Zahl von Menschen nicht mehr mit den herrschenden Sichtweisen zufrieden gibt. Und wir können dabei darauf bauen, dass das Streben der Menschen nach Gerechtigkeit, nach Würde und Solidarität nicht zu zerstören ist. Selbst die tiefsten Niederlagen haben die Menschen nie abgehalten, den Kampf um die Menschenrechte weiterzuführen.

Deshalb werde ich im Folgenden auf einige der gesellschaftlichen Widersprüche eingehen, die von der sozialen Bewegung und der Linken zu bearbeiten sind.

Wir erleben gegenwärtig eine sehr widersprüchliche Entwicklung: Der verdi-Vorsitzende Frank Bsirske sagt, Schröder ist gescheitert. *"Gemessen an seinem Anspruch, Beschäftigung zu schaffen, die Arbeitslosigkeit zu senken und die Konjunktur in Schwung zu bringen, ist Gerhard Schröder gescheitert. Gemessen an dem Ziel, mit seiner Politik die eigene Wählerschaft zu überzeugen und darüber hinaus Zustimmung zu gewinnen, ebenfalls."* (Welt am Sonntag, 27.6.2004)

Aber gleichzeitig erleben wir eine Radikalisierung neoliberaler Politik. Eine Radikalisierung, die auch darauf bauen kann, dass der Neoliberalismus inzwischen viele Schützengräben in der Gesellschaft gezogen hat. Das neoliberale Einheitsdenken ist in die Gewerkschaften, in die Kirchen, in das Alltagsdenken der Menschen eingedrungen.

Veränderungen in der betrieblichen Organisation beseitigen Strukturen und Arbeitsprozesse, die kollegiales und solidarisches Verhalten quasi spontan gefördert haben. Die Belegschaften werden gespalten in Kernbelegschaften und eine wachsende Zahl von Beschäftigten in Randpositionen. Die Bedingungen für Solidarität sind komplizierter geworden.

### Krise des Neoliberalismus

Der Neoliberalismus ist nicht gescheitert, aber die wachsende Ablehnung der neoliberalen Politik ist ein Ausdruck dafür, dass sich das neoliberale Gesellschaftsprojekt in einer Krise befindet. Der Neoliberalismus konnte die Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals zeitweilig beheben, aber um den Preis der Verschärfung der alten und des Auftauchens neuer Widersprüche.

Über die ökonomische krisenhafte Entwicklung hat Conrad in seinem Referat gesprochen. Die krisenhafte wirtschaftliche Entwicklung führt angesichts der nicht eingehaltenen Versprechungen aber auch zu einer Akzeptanzkrise des Neoliberalismus.

□ Aktien"kultur", Kult des Privateigentums und der Privatisierung, die quasi religiöse Verklärung des Marktes als effizientes Mittel zur Verteilung der Ressourcen und zur Regelung der gesellschaftlichen Beziehungen – das waren die Grundlagen für die Herstellung des neoliberalen Konsens. Aber die Spekulationsblase ist geplatzt und damit die Hoffnung, ohne Arbeit reich zu werden. Bei vie-

len ist sogar das sauer Ersparte dahin. Das Versagen des Marktes bezüglich Arbeitsplätzen und sozialer Gerechtigkeit wird deutlich. Die soziale Polarisierung wächst.

□ Die Illusionen, dass Markt und Geld gesellschaftlichen Interessen und staatlichen Institutionen untergeordnet werden können, werden brutal zerstört. Es wachsen Zweifel an der Fähigkeit des herrschenden Gesellschafts-systems, die Probleme sozialverträglich zu lösen.

□ Heribert Prantl schreibt in der Süddeutschen Zeitung über Hartz IV, dass die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe nicht nur neue Armut hervorruft. *"Zugleich verhöhnt diese Politik ihre eigenen Empfehlungen: Sie fordert die Menschen tagtäglich auf, auch selber Vorsorge für Notfälle zu treffen; und jetzt nimmt sie ihnen bei Eintritt des Notfalls das so Ersparte weg. Die Leute werden arm gemacht – kriegen aber keinen Job."* (SZ, 1.7.2004)

□ Aus der PISA-Studie wird die Konsequenz gezogen, genau die strukturellen Mängel des bundesdeutschen Bildungswesens weiter zu verstärken. "Eliteuniversitäten" sind nur der Deckmantel für den weiteren Verfall des Bildungswesens und die Verschärfung der sozialen Auslese.

□ In den 80er Jahren gab es noch die Hoffnung, die neue Tendenz zur Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse könnte vielleicht emanzipatorisch mit genutzt werden. Von mehr "Zeitsouveränität" war die Rede.

Heute haben die Beschäftigten nach den Erfahrungen von Krise und Arbeitslosigkeit ihre "Arbeitszeitwünsche" an die Unternehmensinteressen angepasst. Der neoliberale Kapitalismus hat die Flexibilisierung und Mobilität der Arbeitskraft diktatorisch bestimmt. Leiharbeit, ICH-AG, Wechsel zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung, permanenter Wechsel der Tätigkeit und Funktion, Arbeit auf Abruf, je nach Auftragslage, "Arm trotz Arbeit" – ist für viele Millionen Menschen zum Normalzustand geworden. Räumliche Mobilität – Beschäftigung Hunderte Kilometer von Heimatort und Familie entfernt – wird unter dem Druck der Arbeitslosigkeit und von den Arbeitsämtern erzwungen. Qualifikationen veralten immer schneller und gelten als entwertet. Aber die Zeit für Qualifizierung ist nicht mehr vorhanden. Mehr Leistung, mehr Stress für weniger Geld. Ständig gehetzt von nicht einzuhaltenden Terminen. In diesem Klima fühlen sich die Menschen dauernd überfordert und verunsichert. Entsprechend wird die Arbeit immer oberflächlicher und inkompetenter. Die Qualität – und die Menschen – bleiben auf der Strecke.

Die totale Flexibilisierung der Arbeitskraft beweist, dass der neoliberale Kapitalismus nur noch zerstörerische Energien entfesseln kann.

□ Ganze Belegschaften werden in eine existenzielle Verunsicherung gestürzt und einem existenziellen Anpassungsdruck unterworfen, auch wenn die Drohung mit Entlassung hinter einem Blendwerk von *"Individualisierung"*, *"neue Perspektiven finden"*, *"eigene Wege und neuen Chancen entdecken"*, *"an neuen Möglichkeiten wachsen"* versteckt wird. Die *"neuen Chancen"* sind aufgezwungen und beinhalten den Preis der Verschlechterung der beruflichen Situation. Die neue Risiko-Verantwortung macht keinen Spaß, sondern Angst, denn der Einsatz ist permanent die eigene Existenz.

□ Unsicherheit im Beruf, unabhängig von Ausbildung und dem Grad der Qualifikation, Unsicherheit im ganzen Leben wird heute wieder zur prägenden Erfahrung. Der Zwang, etwas "Neues" auszuprobieren, ausgetretene Pfade zu verlassen und unkalkulierbare Risiken einzugehen, wird allgegenwärtig. In den zurückliegenden Jahrzehnten war es gelungen, diese Unsicherheit einzugrenzen. Nach einigen Jahrzehnten relativer Sicherheit kehrt nun eine Situation zurück, in der jeder plötzlich ein potenzieller Verlierer ist; in der sich keiner seiner Sache mehr sicher sein kann.

□ Die aktuellen Auseinandersetzungen bei Siemens – sowohl die Auseinandersetzung um die Massenentlassungen wie auch der jetzt abgeschlossene Ergänzungstarifvertrag zur Einführung einer flexiblen Jahresarbeitszeit mit durchschnittlicher 40-Stundenwoche ohne Lohnausgleich und der Absenkung der Gehälter um ca. 15 Prozent – verweisen darauf, dass auch bisher privilegierte Kernbelegschaften multinationaler Konzerne unter die Räder der kapitalistischen Globalisierung kommen. Es zeigt sich, dass auch die Arbeit und das Leben hochqualifizierter Angestellter alles andere als selbstbestimmt ist; sie bleiben von fremden Interessen, den Entscheidungen einer Machtelite abhängig. Überrascht stellen sie fest, dass auch für die hochqualifizierte Arbeitskraft gilt: sie *"findet Arbeit nur, solange sie das Kapital vermehrt"*. (Karl Marx, Kommunistisches Manifest). Ihre Existenzbedingungen unterscheiden sich nicht grundsätzlich von derjenigen der Leiharbeitskräfte, der prekär Beschäftigten.

□ Erstmals findet die junge Generation schlechtere Bedingungen vor als die alte.

□ Je mehr die Europäische Union sich als europäischer supranationaler Staat herausbildet, desto weniger "europäisch" ist sie, in dem Sinne sozialstaatlicher Regulierung und der kollektiven Erfahrung aus der Katastrophe des Krieges. Europa wächst und verliert gleichzeitig an Zivilisation und Kultur, die Arbeitseinkommen werden reduziert, die sozialen Sicherungssysteme und das demokratische Gewebe werden zerstört. Die Europäische Union ordnet sich ein in den permanenten "Krieg gegen den Terror"; durch Militarisierung und den Ausbau des Sicherheitsstaates. Die EU entspricht als ein Machtinstrument des transnationalen Kapitals dem entstehenden Gesellschaftsmodell der neoliberalen Globalisierung. Sie ist kein demokratisches, ziviles, friedliches Gegengewicht zu den USA.

Dies alles sind Faktoren, die dazu führen, dass eine wachsende Zahl von Menschen das Vertrauen in die etablierten Parteien verloren hat, dass diese die anstehenden Probleme "sozial gerecht" lösen können. Sie geben sich nicht mehr mit den herrschenden Sichtweisen zufrieden. Zwar wächst die Wut, aber auch die Resignation.

## Krise der Zivilisation

Wir erleben den erneuerten Zyklus von Krise, Krieg und Terrorismus und den Übergang zu autoritären Herrschaftsformen. Die Krise des Neoliberalismus bzw. der neoliberalen Globalisierung führt zu einer Krise der Zivilisation. Die Bilder aus dem Foltergefängnis Abu-Graib oder aus Guantanamo mit Hunderten von gefesselten Gefangenen in orangefarbenen Overalls und mit Kapu-



zen über dem Kopf, deren Namen nicht bekannt gegeben werden und die nicht vor Gericht gestellt werden; die Bilder US-amerikanischer Panzer und Flugzeuge, die in irakische Wohngebiete einfallen und Dutzende unschuldige Menschen im Namen des Kampfes gegen die Aufständischen töten; die Bilder zerstörter palästinensischer Siedlungen und von High-Tech-Waffen getöteter palästinensischer Kinder lassen uns in die Barbarei schauen. Der Rückfall in die Barbarei ist nicht Bedrohung der Zukunft, sondern Gegenwart.

Der Krieg ist nicht länger ein einmaliges Ereignis oder eine Ausnahme. Der Krieg ist strukturell geworden, "niemals endend". Der "Krieg gegen den Terror" ist der reaktionäre Ausweg aus der Akzeptanzkrise der neoliberalen Globalisierung. Er markiert das Ende des Versuchs, auf die weltweiten sozialen Probleme politisch zu reagieren. Das globale Kapital antwortet auf die durch die neoliberale Globalisierung dramatisch verschärften sozialen Spaltungen und die monströse Verarmung nicht mit einem globalen Marshall-Plan oder mit einem globalen Umverteilungsprogramm, sondern mit Militärschlägen. Der "Krieg gegen den Terror" stellt die Absicherung und Fortsetzung der Globalisierung mit militärischen Mitteln dar. "*Viele Regime sollten an den Irak denken und diese Lektion lernen*", droht US-Staatssekretär John Bolton dem Rest der Welt.

Ent-Industrialisierung und der Aufbau hochproduktiver Inseln in einem wachsenden Meer der Armut und des Elends werden zu einer globalen Erscheinung. Der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft zerfällt. Die neoliberale Globalisierung hat in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten zu einer wachsenden Polarisierung zwischen Nord und Süd, zwischen Reich und Arm und zu einer globalen Verelendung bisher unbekanntes Ausmaßes geführt: Die Zahl der in absoluter Armut lebenden Menschen nimmt zu. 1,2 Milliarden Menschen, mehr als ein Fünftel der Menschheit, sind zu einem Leben in extremer Armut verurteilt. 1,6 Milliarden Menschen in den Entwicklungsländern leben heute schlechter als vor 15 Jahren.

Dazu kommt, dass das kapitalistische System mit seiner Art von Wachstumsorientierung in unversöhnlichem Gegensatz zu den Erfordernissen einer ökologisch verantwortlichen Wirtschaftsweise steht.

Der Markt ist bis ins Innere der Gesellschaft und der Menschen vorgedrungen und hat an alles und jeden ein Preisschild geklebt. Die neoliberale, marktradikale Ideologie rückt Normen wie Egoismus, Gier, Rücksichtslosigkeit und die Profitabilität als letztes Kriterium für die Beurteilung der Menschen in den Mittelpunkt. Wer nicht "beschäftigungsfähig" ist, d.h. nicht genügend hohen Mehrwert abwirft, der wird "exkludiert", aus der Gemeinschaft und dem Sozialverband ausgegrenzt. Wer für die Unternehmen nicht profitabel genug ist, der wird zum Ballast und zur Gefahr für die Gesellschaft erklärt.

Der Kapitalismus zerstört mit seiner neoliberalen Richtlinie, Arbeit nur als Kostenfaktor zu sehen, nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch immer mehr den humanen Charakter von Arbeit. Arbeit ist nicht nur entscheidend für die materielle Reproduktion des Menschen, sie ist auch entscheidend für die soziale Integration und für die Identität des Menschen, der sich vor allem in seiner Arbeit selbst entwirft. Die "Entfremdung" des arbeitenden Menschen vom Prozess und Produkt seiner Arbeit – sei es

durch Arbeitslosigkeit oder durch die inhumane Qualität der Arbeit – hat dramatische, die gesamte soziale Kultur gefährdende Ausmaße angenommen. Es ist doch paradox, dass eine Produktionsweise, die auf der Ausbeutung der Lohnarbeit beruht, immer weniger Arbeitsplätze anbieten kann und dauerhaft immer mehr Menschen von der Lohnarbeit ausschließt.

Der Neoliberalismus ersetzt das bewusste menschliche Handeln zur Steuerung der Wirtschaft, ja sogar der sozialen Beziehungen, durch das anonyme, undurchschaubare Spiel der Kräfte des Marktes. Auf dieser Basis gedeihen Irrationalismus und religiöser Fundamentalismus, der bis in die Spitzen der US-Regierung geht. Irrationalismus und religiöser Fundamentalismus haben der bürgerlichen Aufklärung und einer humanistischen Kultur den Kampf angesagt.

Diese Entwicklungen sind mit einer tiefen Krise der Demokratie verbunden.

Es ist nicht nur eine Krise der repräsentativen Demokratie, die sich in der hohen Wahllenthaltung ausdrückt. Mit der Umwandlung der SPD in eine Spielart des Neoliberalismus gibt es kaum noch programmatische Unterschiede zwischen den verschiedenen Abteilungen der "neoliberalen Einheitspartei". Politik wird ganz unverblümt gegen die Bevölkerungsmehrheit gemacht.

Darin drückt sich eine viel tiefergehende, strukturelle Krise der Demokratie aus. Entscheidungen im Bundestag, Rentenmodelle, Hartz-Pläne entstammen nicht der parlamentarischen oder politischen Debatte, sondern werden von Managern entworfen, von Mc Kinsey durchgerechnet, in kleinen Zirkeln von Roland Berger, Pierer, Ackermann, ... dem Kanzler dargelegt. Politik wird über Zirkel und Kommissionen gemacht – an Verfassung und Parlament vorbei. Es ist dann ziemlich gleichgültig welche Person sie am Ende verlesen darf. Vermittelt wird dies von einer monopolisierten privaten Medienindustrie, bei der Politik zur Show und zum Event wird. Als Parlamentsersatz und als Ersatz für eine gesellschaftliche Debatte dient am Sonntag Abend Sabine Christiansen.

Auf diese Weise verliert der bürgerliche Staat tendenziell seine Fähigkeit zur sozialen und politischen Vermittlung, weil die Basis für eine Organisation stabilerer sozialer Kompromisse, die größere Teile der Gesellschaft einbeziehen, verloren geht. So verliert die bürgerliche Demokratie ihren Inhalt. Bei Beibehaltung formaler Demokratie wird der Übergang vom "Sozialstaat" zum schlanken, autoritären "Sicherheitsstaat" vollzogen. Die Strategie des "permanenten Krieges" gegen den Terror hat sich dabei als wirksames Mittel erwiesen, die demokratischen Rechte anzugreifen und die Freiheit der Masse der Bevölkerung einzuschränken.

## Protest zusammenführen

Neoliberalismus und Globalisierung haben so viele Menschen auf so viele verschiedene Arten geschädigt, dass wütende Opfer mit vielen verschiedenen Anliegen das Ergebnis waren. Beschäftigte und Arbeitslose, Bauern und Landlose, Umweltschützer, Friedensaktivisten, Frauen, Jugendliche und Studenten, religiöse Menschen, Selbstständige und kleine Unternehmer, unabhängige Massenmedien, Kulturarbeiter und Wissenschaftler wehren sich gegen die Folgen der Globalisierung.

Sogar in der CSU nimmt das Unbehagen zu und wachsen die Spannungen zwischen den "alten" Christsozialen und den neuen Neoliberalen. In der heutigen Ausgabe der Süddeutschen Zeitung empört sich Landtagspräsident Alois Glück über die Pläne von Stoiber und seinem Staatskanzleichef Erwin Huber: *"Im Plan der Staatskanzlei fehlt der Respekt vor den Menschen."* (SZ, 3.7.04).

Wenn man das erste Halbjahr in München nimmt: es demonstrieren 7.000 Förster und Waldarbeiter, kurze Zeit später 27.000 Rentner, dann die Studenten, die Polizisten, die Friedensbewegung, die Beschäftigten des Landesamtes für Wasserwirtschaft.

## Jeder für sich!

Ein erster Ansatz für ein breites Bündnis zwischen Gewerkschaften, Sozialverbänden und globalisierungskritischer Bewegung zeigte sich am 3. April. Ein Ansatz für das Bündnis und ein Beweis, dass die Menschen jetzt zu Hunderttausenden bereit sind, gegen die Demontage des Sozialstaats auf die Straße zu gehen.

Es gilt jetzt, einen Verständigungsprozess zu organisieren, um den zersplitterten Protest und Widerstand zu vereinigen und aus dem Protest gegen den Sozialabbau eine Widerstandsbewegung und einen gesellschaftlichen Block gegen den Neoliberalismus zu machen.

Die durch die "Wahlalternative 2006" angestoßene Diskussion kann diesen Prozess befördern. *"Es geht also um eine breite Sammlung bzw. ein Bündnis, das niemanden ausschließt (außer Rechten), aber auch keine Dominanz einer bestimmten Strömung oder Gruppierung zulässt. Das Spektrum sollte reichen von Kommunisten über Sozialisten bis zu traditionellen VertreterInnen des Sozialstaats und sozial orientierten ChristInnen. Es muss ein möglichst breites Spektrum von Aktiven aus Gewerkschaften, Bewegungen und von Organisationen und Initiativen aus verschiedensten Bewegungen einschließen. .. Es muss ein für alle, die die grundsätzlichen Ziele teilen, offenes Angebot für Unterstützung und Mitmachen sein"*, so wird im Diskussionspapier "Für eine wahlpolitische Alternative 2005" die Aufgabenstellung definiert.

Detlef Hensche hat in seinem Diskussionsbeitrag beim Bundeskongress der Wahlalternative darauf verwiesen, dass unser Schwerpunkt im gesellschaftlichen Vorfeld liegen muss, weil eine parlamentarische Vertretung nichts anderes sein kann, als die Fortsetzung der sozialen Bewegung im Parlament. Und er hat auch darauf hingewiesen, dass Protest, Trotz und Enttäuschung nicht ausreichen. Wir brauchen zu der sozialen Bewegung ein zukunftsfähiges Projekt, das mehr ist, als eine Alternative in der Wirtschafts- und Sozialpolitik oder ein gewerkschaftliches Programm zur Verteidigung des Sozialstaates.

Natürlich steht gegenwärtig die Verteidigung sozialer Rechte im Zentrum, und es gilt, die Debatte und den Widerstand in den Betrieben zu verankern, in der Abwehr der Verlängerung der Arbeitszeit, in der Verteidigung der Tarifautonomie, gegen Hartz IV, usw., um von diesen Positionen aus wieder raus zu gehen für eine in den Betrieben verankerte Bewegung für einen Richtungswechsel. Der "heiße Herbst", der jedes Jahr aufs Neue angekündigt wird, muss jetzt in den Betrieben vorbereitet werden. Sonst bleibt es bei der alljährlichen Ankündigung.

## Verständigung über eine Alternative

Aber dieser parallel notwendige Verständigungsprozess zur Zusammenführung des Widerstandes gegen den neoliberalen Umbau der Gesellschaft muss auch einen Verständigungsprozess über eine Alternative beinhalten; eine Alternative des Friedens gegen den Krieg und eines neuen Gesellschaftsmodells gegen den Neoliberalismus.

Der Neoliberalismus ist nicht eine Form der Wirtschaftspolitik, sondern ein gesellschaftliches Gesamtprojekt der Ökonomie, der Kultur, der Macht. Deshalb muss auch ein alternatives Projekt ein wirtschaftliches, politisches und kulturelles Projekt sein.

Ein gemeinsames Projekt aller Kräfte, die in Widerspruch zum Neoliberalismus geraten:

- aus ihrer sozialen Situation, oder
- weil sie das Recht auf Arbeit, auf Bildung ohne soziale Auswahl, das Recht auf Gesundheitsschutz und ein Leben im Alter in Würde als Menschenrechte betrachten;
- weil sie für die Gleichheit der Geschlechter kämpfen,
- weil sie für Entwicklung, Frieden und Solidarität in den internationalen Beziehungen eintreten;
- weil sie für ein humanistisches Menschenbild eintreten;
- weil sie die Errungenschaften der bürgerlichen Aufklärung gegen den Irrationalismus verteidigen;
- kurz, weil sie den Weg in die Barbarei stoppen wollen.

Grundkonsens kann sein, dass es heute darum geht,

- die sozialen Grundlagen der Gesellschaft zu erhalten und auszubauen;
- die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen;
- eine Wirtschaftspolitik aus Markt, Staatsinterventionismus und solidarischer Verteilungspolitik zu betreiben (dieses Konzept ist offen sowohl für Linkskeynesianer wie auch für marxistische Positionen);
- die Privatisierung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Dienstleistung sowie der sozialen Sicherungssysteme zu stoppen und rückgängig zu machen;
- die Demokratie zu erneuern, auf Basis der Partizipation und der sozialen Selbstorganisation der Menschen;
- für Solidarität als gesellschaftliches Grundprinzip zu wirken.

## Reformpolitik unter neuen Bedingungen

Dabei kann an Vorstellungen angeknüpft werden, wie sie in der Sozialdemokratie vertreten wurden, aber dort heute nicht mehr "modern" und mehrheitsfähig sind. Allerdings wird es nicht einfach eine Rückkehr zum Sozialstaat der 70er Jahre geben, wie sich das einige Gewerkschaftssekretäre, v.a. aus der IG Metall, vorstellen. Da wird zum einen der Sozialstaat im nachhinein mit seinen Mängeln und Defekten idealisiert. Aber zweitens wird überhaupt nicht beachtet, dass es eine ganz bestimmte historische Konstellation war – geprägt von den inneren ökonomischen Bedingungen wie auch den äußeren der Systemkonkurrenz –, auf deren Basis der sozialstaatliche Klassenkompromiss möglich war.

Beide Aspekte treffen heute nicht mehr zu. Die Logik des heutigen, globalisierten Kapitalismus ist inkompatibel mit sozialstaatlicher Regulierung.

Die Erfahrungen der sozialen Kämpfe in Europa in den zurückliegenden Monaten zeigen, dass es selbst bei großen sozialen Bewegungen und Kämpfen (siehe z.B. Italien, Frankreich, Spanien) außerordentlich schwierig ist, soziale Rechte zu verteidigen. Wir leben in einer Zeit, in der sich der Raum für Reformen schließt.

Auch in den zurückliegenden Jahrzehnten mussten Reformen immer gegen den Widerstand der Unternehmer erkämpft werden. Aber trotzdem waren diese Reformen Bestandteil des Regulationsmodells des Kapitalismus der Nachkriegszeit. Die sozialstaatliche Regulierung hatte nämlich nicht nur einen sozialpolitischen Aspekt (Absicherung in Notfällen), sondern durchaus auch eine ökonomische Funktion: Die Sicherung der Masseneinkommen auch in konjunkturellen Schwächeperioden verhinderte eine stärkere Absenkung der Akkumulationsdynamik und ermöglichte eine zügige Ausbreitung einer der fordistischen Massenproduktion entsprechenden Lebens- und Konsumweise.

Die Gewerkschaftsbewegung konnte bedeutende soziale Errungenschaften und Zugeständnisse von Seiten des Kapitals erkämpfen; immer mit einem Kampf und einer politischen Orientierung innerhalb des kapitalistischen Systems. Ein ganzes Geflecht von Tarifvertragssystem, Sozialsystemen, Sozialgesetzgebung, Betriebsverfassungsgesetz, etc. wurde zur institutionellen Absicherung dieser Suche nach dem sozialen Kompromiss und zur Entschärfung von Klassenkonflikten entwickelt.

Reformistische Politik – der klassische sozialdemokratische Reformismus – hatte einen großen Spielraum und konnte vor diesem Hintergrund die politische und ideologische Hegemonie in der westdeutschen Arbeiterbewegung erringen.

Im heutigen Kapitalismus ist eine soziale Option nicht mehr vorgesehen. An die Stelle der Suche nach dem sozialen Kompromiss tritt die soziale Polarisierung und die Konfrontation. Je niedriger die Kosten, desto größer sind die Gewinne. Die wachsende Zahl der Arbeitslosen wird als Druckmittel eingesetzt, um die Arbeiterbewegung zu schwächen, die Regulierung des Arbeitsmarktes und den sozialen und staatlichen Schutz der Arbeitskraft aufzubrechen, Tarifverträge auszuhebeln, die arbeitenden Menschen zu entwürdigen und den gesellschaftlich geschaffenen Reichtum zugunsten des Kapitals umzuverteilen. Der Ausfall der Löhne als Nachfragefaktor auf dem Binnenmarkt wird durch gesteigerte Konkurrenz- und Exportfähigkeit – dem absoluten Dreh- und Angelpunkt aller Maßnahmen – ausgeglichen. Obwohl heute die Arbeitsproduktivität so stark wie nie zunimmt, wird der dadurch erzeugte Überschuss an gesellschaftlichem Reichtum dem Mechanismus der Umverteilung entzogen. Das transnationale Kapital tendiert dazu, jede Investition in die Gesellschaft zu bekämpfen, weil sie als inakzeptabler Entzug von für den Überlebenskampf auf dem Weltmarkt benötigten Ressourcen betrachtet wird. So ist die wachsende und sich verfestigende Armut ein strukturell funktioneller Bestandteil dieses auf den Weltmarkt gerichteten Modells.

Gescheitert ist außerdem der Versuch der keynesianischen Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie der 70er Jahre, die darauf hinauslief, das Geld, das sie dem Kapital nicht wegnehmen wollte – denn wirkliche Umverteilung war Tabu –, das sie aber trotzdem für Sozial- und

Beschäftigungspolitik brauchte, aus dem wirtschaftlichen Wachstum und durch Staatsverschuldung zu finanzieren. Denn wie sich jetzt zeigt, bedeutet "aufgeschoben" nicht "aufgehoben". Das mächtig angewachsene Finanzkapital stellt heute eine ebenso gewaltige Rechnung auf. Finanziert wird dieser gewaltige Schuldendienst durch Sozialabbau und Ausverkauf öffentlichen Eigentums. Wachstumszuwächse stehen nicht mehr zur Verfügung.

Die Verteilungsfrage lösen zu wollen, ohne die Eigentumsfrage zu berühren, hat nicht funktioniert.

Weitere wesentliche Unterschiede heutiger Reformpolitik zu sozialdemokratischer Reformpolitik bestehen darin,

- dass Reformpolitik der politischen Konfrontation mit der Macht des Großkapitals, v.a. der Multis, nicht ausweichen kann, sondern sogar auf sie orientieren muss; (z.B. in der Steuerpolitik, der Gesundheitspolitik, bei der Reform der sozialen Sicherung, ...)

- dass mit einem paternalistischen Politikverständnis, mit Stellvertreterpolitik nichts mehr zu erreichen ist, sondern ein demokratisches, partizipatives, kämpferisches Politikverständnis erforderlich ist;

- dass über die Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise hinausgedacht werden muss, um Fortschritte innerhalb des Kapitalismus zu erreichen.

Sozialstaatliche Regulierung wird sich – wobei offen ist, ob das in der Phase des globalisierten Kapitalismus überhaupt möglich ist –, wenn überhaupt, nur noch durchsetzen lassen, wenn die sozialen Bewegungen, v.a. die Gewerkschaften und die arbeitende Klasse, den Klassenkampf mit antikapitalistischem Charakter entwickeln und strukturelle antimonopolistische Reformen durchsetzen.

In Europa hat sich der Widerstand gegen die transnationale Agenda der Demontage des Sozialstaats in der Vergangenheit nur national formiert. Mit der Angleichung der Politik der Regierungen der Mitgliedsländer der Europäischen Union eröffnet sich auch die Chance für einen europaweiten Kampf für die Verteidigung der sozialen Rechte. Die sozialen Bewegungen, die Gewerkschaftsbewegung, die systemalternative Linke müssen eine europäische Dimension annehmen. Ansonsten werden sie in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen der nächsten Jahre untergehen.

## Podiumsdiskussion

# Wende wohin – und wer soll sie durchsetzen?

*An der Podiumsdiskussion nahmen alle Referenten (mit Ausnahme von Wolfgang Müller) teil. Moderiert wurde sie von Tatjana Fuchs, stellvertretende Vorsitzende des isw. Im folgenden wird die Diskussion nach Schwerpunkten zusammengefasst und dargestellt. Nur wörtlich zitierte Aussagen geben die Meinung der RednerInnen im Wortlaut wieder.*

"Wir haben es mit der Logik des globalen Kapitalismus zu tun. Der Neoliberalismus ist keine Verirrung des globalen Kapitals, sondern er entspricht seinen jetzigen Bedürfnissen. Die transnationalen Konzerne haben riesige Vorteile davon", stellte Conrad Schuhler in seinem Eingangsstatement fest, was er mit zusätzlichen Fakten untermauerte. So seien die Gewinne der Unternehmen von 1994 bis 1999 in Deutschland um durchschnittlich 64 Milliarden Euro pro Jahr gestiegen, wobei 90 Prozent der Gewinne sich bei den Großbetrieben niederschlugen. Innerhalb der Gewinneinkommen habe also eine enorme Umschichtung zu Gunsten der großen Unternehmen stattgefunden. Zweitens wurden hier zu Lande die Lohnstückkosten auf ein niedriges Niveau im internationalen Vergleich gedrückt, was für die großen Konzerne eine hervorragende Ausgangsposition im internationalen Konkurrenzkampf bedeute. Die Binnennachfrage sei dabei für sie nicht das Entscheidende, da sie mehr als 50 Prozent ihrer Umsätze außerhalb der Landesgrenzen erzielen. Diese Transnationalität des Kapitals brauche diese global orientierte Politik. "Der Neoliberalismus ist das Regulierungssystem des globalen Kapitalismus".

Wenn die gegenwärtige Entwicklung in der Logik des Systems liege, also eine Systemfrage sei, müsse man sich die Frage stellen: "Müssen wir erst den globalen Kapitalismus beseitigen und fangen dann mit den Reformen an?" Die Frage zu bejahen, sei natürlich unsinnig. Schuhler sprach sich dafür aus, auf "Probleme und Kämpfe zu orientieren, die uns an den Bruch mit der Logik des neoliberalen Kapitalismus heranzuführen". Welche Reformen könnten das sein und welche Erfolgsaussichten gibt es da? Was sich in den Betrieben tue, sei natürlich sehr bedeutsam, wenn auch Wolfgang Müllers Prophezeiung, dass wir hier vor einer "Serie von Niederlagen" stünden, nicht gerade optimistisch stimme. Andererseits könne man in den Belegschaften und Gewerkschaften beobachten, dass bei wachsenden Teilen der Widerstand und die Ablehnung der neoliberalen Grundhaltung zunehme. Vor allem aber außerhalb von Betrieb und Gewerkschaften spiele die moralische Empörung und Ablehnung des Neoliberalismus und seines Zugriffs auf die ganze Welt eine wachsende Rolle. Gleiches gelte für die Friedens- und Umweltbewegung. So schlecht stünden wir also nicht da, die prinzipielle Kritik am Neoliberalismus werde aus vielen Quellen gespeist.

Welche Fragen und Probleme könnten es sein, wo mehrere Bewegungen zusammenfinden? In Betrieb und Gewerkschaften sei es das Problem von offshoring von Arbeitsplätzen als eines säkularen Vorgangs, der in immer schnellerem Tempo fortschreite. Keine Frage, dass man hier in Betrieb und Gewerkschaft dagegen angehen müsse. Das gehe durchaus zusammen mit dem Kampf der Altermondialisten, also derjenigen, die eine andere, eine bessere Welt für möglich halten, für die Durchsetzung weltweiter Sozial- und Umweltstandards. Der entscheidende Punkt sei dabei der, dass diese Sozialstandards nach oben und nicht, wie gegenwärtig hier zu Lande, nach unten angeglichen werden. Damit entweiche für das Kapital auch der Druck, im Ausland zu investieren. Das gelte auch im Hinblick auf die EU. Die EU-Verfassung sei sicherlich eine Katastrophe, was uns aber nicht hindern dürfe, für bessere Regelungen einzutreten, wozu auch die Anhebung sozialer Standards in Osteuropa gehöre. Damit müsse der Irrsinnskreislauf gestoppt werden, dass subventioniertes Kapital von hier nach dort gehe, über die EU-Behörden die dortigen Länder subventioniert werden, damit sie ihrerseits Subventionen für Konzernansiedlungen zahlen können, was dann zur Freisetzung von Arbeitsplätzen in Deutschland führe. Zudem müssten sich die Altermondialisten die Einführung einer Tobin-Steuer wirklich vornehmen. Im Kampf darum werde klar, dass Kapitalverkehrskontrollen in die nationale Souveränität gehörten, ein wichtiger Faktor der Wirtschaftspolitik seien. In Belgien wurde sie eingeführt, in Frankreich... und natürlich habe das nicht zum Sturz des globalen Kapitals geführt, aber im Kampf darum sei at-tac groß geworden.

## Friedenskampf täglich – nicht nur zu Katastrophenterminen

In der Friedensbewegung müssten wir uns bewusst werden, dass der Krieg beim heutigen Stand der Globalisierung ein permanenter Zustand sei, der dem Ressourcen-Imperialismus und dem globalen Ausbeutungsnetzwerk der Multis entspringe. Deshalb müsse der Kampf dagegen zur täglichen Aufgabe werden und nicht nur an Katastrophenterminen stattfinden. Wenn es gelinge, diese verschiedenen Aufgaben, konkreten Projekte und Bewegungen zu verbinden, dürften die Aussichten nicht ganz so trübe sein, wie man sie nach der Rahmenvereinbarung bei Siemens erwarten könne.

Michael Wendl bezweifelte die Aussagen von Conrad Schuhler und Leo Mayer, dass der Neoliberalismus den Bedürfnissen des globalen Kapitalismus entspreche, wenn man überhaupt von Bedürfnissen des globalen Kapitals sprechen könne. "Die neoliberale Exekution der

ökonomischen Expansion führt ja auch zu zerstörerischen Tendenzen", so Wendl, was man ja an den Unternehmen selber sehe. So werde durch die neoliberale Bereicherung der Aktionäre und Manager vieles von dem, was investiert werden müsste, nicht mehr investiert. Viele der Unternehmensaufgaben könnten nicht mehr realisiert werden, weil die Shareholder immer mehr Geld verlangen. "Ich halte den Neoliberalismus für eine zerstörerische, im Grunde disfunktionale Politikform des globalen Kapitals". Von daher komme er auch zu einer anderen Sichtweise bezüglich der strategischen Ausrichtung der Gegenkräfte. "Konfrontation mit dem Großen Kapital ist zwar immer schön, ich aber würde einen anderen Schwerpunkt setzen. Die Linke kann die Auseinandersetzung um eine andere Gestaltung der Gesellschaft nur gewinnen, wenn es ihr wieder gelingt, zu einem Teilbündnis mit jenen Teilen der Mittelklasse zu kommen, die gegenwärtig dabei ist, die Arbeiterklasse und soziale Unterklasse mit Füßen zu treten". Warum haben sich in den 70er Jahren diese intellektuellen Mittelschichten für die Arbeiterklasse eingesetzt und warum setzen sie sich heute für die Plünderung und Demütigung der Arbeiterklasse ein? Offensichtlich auch deshalb, weil die Linke in ökonomischen und politischen Fragen die Führungsrolle verloren hat. Diese Hegemonie gelte es wieder zu erobern, das sei ein zentraler Zugang: "Und da ist mir der Kampf gegen das Große Kapital zwei Nummern zu groß".

Und an anderer Stelle: "Wir kämpfen heute nicht für eine Alternative zum Kapitalismus, wir kämpfen auch für einen besseren Kapitalismus". Es gebe nicht die Logik des globalen Kapitalismus. Die ökonomische Logik sei politisch biegsam. Wir sollten beachten, dass es auch heute verschiedene Kapitalismen gebe, wenn man z.B. die Daten von skandinavischen Ländern nehme, dann könne man da schon Unterschiede erkennen. Die Vorstellung vom Neoliberalismus, gewissermaßen als "dem Geist des modernen Kapitalismus", halte er für falsch. Gleiches gilt nach Wendl für die vielbeschworene "Krise des Neoliberalismus". Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die Diskussion in den 70er Jahren um den "Spätkapitalismus" bzw. "staatsmonopolistischen Kapitalismus". Die damalige Krise des fordistischen Akkumulationsregimes war für Teile der Linken ein Zeichen einer "allgemeinen Krise des Kapitalismus". Der Kapitalismus habe sich jedoch als sehr wandlungs- und anpassungsfähig erwiesen. Es sei nicht zum Niedergang des Kapitalismus gekommen, sondern es habe sich eine neue, postfordistische, neoliberal durchtränkte Struktur des Kapitalismus entwickelt. Auch für die jetzige "Krise" gelte nicht zwangsläufig, dass das jetzige System von einer anderen Gesellschaftsordnung abgelöst werde. "Der wissenschaftliche Sozialismus, der "historische Gesetzmäßigkeiten" durchdekliniert und dann sagt, zwangsläufig muss nach dem Kapitalismus der Sozialismus folgen, den gibt es immer noch, aber er ist nicht wissenschaftlich".

## Neoliberalismus = der Geist des globalen Kapitalismus?

Der Neoliberalismus sei nicht bloß eine Politik-Variante, sondern organischer Bestandteil des globalen Kapitalismus, erwiderte Leo Mayer. Der heutige Kapitalismus könne nur in der Form des Neoliberalismus existieren. Es

mag angehen, dass es einige Modifikationen des gegenwärtigen Kapitalismus gebe, doch werde es kein Zurück zum Sozialstaat, zu einem "Rheinischen Kapitalismus" geben, wie sich das z.B. einige der Initiatoren der "Alternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit" vorstellen. Deshalb sei eine genaue Analyse der historischen Situation nötig, die den Sozialstaat möglich gemacht habe, wo es möglich war, soziale Reformen in die damalige Logik des Kapitalismus einzufügen und durchzukämpfen, ohne einen frontalen Bruch mit der kapitalistischen Logik. Trotz unterschiedlicher Kapitalismen sei heute die allgemeine Tendenz der Übergang zum neoliberalen Modell, die Öffnung der Märkte, Deregulierung, Zerstörung des Sozialstaates und Privatisierung. Dieser Prozess läuft weltweit ab, er vollzieht sich auch in den skandinavischen Ländern. In der Asienkrise sei es gelungen, Südostasien in diesem Sinn aufzubrechen, Japan zum Teil aufzubrechen und in den globalen Kapitalismus einzugliedern.

Soziale Reformen könnten heutzutage nur durchgesetzt werden, wenn es Massenbewegungen gebe, wie wir sie uns im Moment noch nicht vorstellen könnten. Wenn man sich ansieht, was es in Italien, Frankreich, Spanien, Griechenland für Massenkämpfe nur um die Verteidigung von sozialen Rechten gab, dann war das ein Vielfaches an Quantität gegenüber Deutschland. Und dennoch haben sie im Wesentlichen nicht ausgereicht, die neoliberale Politik auch nur zu stoppen oder einzudämmen. Bei Kämpfen um die Durchsetzung sozialer Reformen in neuen Dimensionen werde sich herausstellen: Lassen sich die Reformen noch im Kapitalismus durchführen, oder ist die Bewegung dann so weit und sind die sozialen Reformen so unverträglich mit der Logik des heutigen Kapitalismus, dass die Bewegung an eine Grenze komme, wo letztlich die Machtfrage gestellt werde.

Eine intensive Diskussion entwickelte sich an der Frage der Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften im gegenwärtigen Kampf und in der Zukunft der Bewegungen. Nach Ansicht von Michael Wendl unterliegen die Gewerkschaften als Bewegungen gewissen Beschränkungen. Gewerkschaften seien im Grunde defensive Institutionen und gerade in der gegenwärtigen Situation mit mehr oder weniger erfolgreichen Abwehrkämpfen voll ausgelastet. Als Beispiele führte er die angedrohte Verlagerung der Handy-Fertigung bei Siemens an und die systematische Strangulierung des Dienstleistungssektors. Dadurch gerieten die Gewerkschaften immer mehr in die Defensive. Wendl wies auch auf den niedrigen Organisationsgrad in Bereichen des Öffentlichen Dienstes hin sowie auf die Angst um den Arbeitsplatz. Dadurch seien viele bereit, 42 Stunden und mehr zu arbeiten. Auch die Ungleichzeitigkeit der Privatisierungen spiele eine große Rolle, weshalb sich keine größere Protestwelle entwickle. "Ungleichzeitigkeit" bedeute, dass es große Bereiche im Öffentlichen Dienst gebe, die der Meinung sind, sie seien relativ gesichert. Und es sei ungeheuer schwierig, diejenigen, die meinen, dass ihnen in den nächsten Jahren nichts passiert, in Auseinandersetzungen von Betroffenen einzubinden, die jetzt privatisiert oder in schlechtere Arbeitsverhältnisse abgeschoben werden.

In politischen Fragen dürfe man die Gewerkschaften nicht überfordern. Sie seien nicht in der Lage, sich für makroökonomische Politik einzusetzen. Gewerkschaften seien Institutionen und Organisationen der abhängig Beschäftigten, die sich davon eine Verbesserung ihrer Le-

bensbedingungen erwarten. Sie haben zwar ein politisches Mandat und es sei sehr wichtig, dass sie sich zu gesellschaftspolitischen Fragen äußern und dazu auch Aktionen machen können, aber sie seien eben keine Partei. 90 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder interessierten sich auch gar nicht für die politischen Aktivitäten, "die wir unternehmen"; sie interessieren sich nicht für weitergehende gesellschaftspolitische Probleme, wenn sie nicht direkt davon berührt sind. Das zeigte auch der 3. April, wo es gerade mal gelungen sei, zehn Prozent der Mitglieder zu aktivieren. Anders dagegen bei Tarifauseinandersetzungen, wo abhängig Beschäftigte unmittelbar betroffen seien.

Dieser Auffassung wurde in der Diskussion heftig widersprochen. Angeführt wurde die anschwellende Protestwelle, wie sie im 3. April zum Ausdruck kam, die Kampfbereitschaft vieler Belegschaften und Branchen, der Perspektivenkongress in Berlin, der ja auch von den Gewerkschaften mitgetragen war, aber auch die Diskussion um programmatische Ideen und Vorstellungen wie z.B. bei ver.di. Es sei zudem falsch, einen Widerspruch zwischen politischen Kämpfen und "bloßen" Auseinandersetzungen um Tariffragen oder Fragen der Arbeitsbedingungen zu konstruieren. Menschen, die sich für die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen einsetzen, die dabei nicht nur sich, sondern künftige Generationen im Auge haben, handeln genau so politisch wie Menschen, die für den Sozialstaat demonstrieren.

Allerdings müsse in den Gewerkschaften Schluss gemacht werden mit der Beschönigung von miesen Abschlüssen und Niederlagen, wie z.B. im Falle Siemens. So treibe man die KollegInnen nur in die Resignation. Allerdings seien die Zeiten vorbei, wo die Gewerkschaftsführung nur auf den Knopf zu drücken brauchte, um ein besseres Verhandlungsergebnis mit einem Arbeitskampf oder Streik herbeizuführen. Zudem sei es noch nicht gelungen, in Angestelltenbereichen besser Fuß zu fassen. Dies sei aber für die künftige Kampffähigkeit eine Überlebensfrage. Wie schwer das sei, machte ein Betriebsrat am Beispiel Siemens-Perlach deutlich. Zwar hätten die KollegInnen auf Betriebsversammlungen interessiert zugehört, wenn über den Kampf Siemens-Hofmannstraße berichtet wurde, doch eine Bewegung entstehe daraus noch nicht. Ein großes Problem sei die Ungleichzeitigkeit der einzelnen Kämpfe.

## **Gewerkschaften "müssen zum politischen Subjekt werden"**

Werner Seppmann argumentierte, dass die Zeit über die eindimensionale Auffassung, wonach die Gewerkschaften defensive Institutionen seien, hinweggegangen sei. Auch die unmittelbare Interessenvertretung enthalte immer öfter eine politische Dimension. Ob es den Gewerkschaften gelinge, zum Bestandteil einer politischen Bewegung zu werden, werde über die Wirksamkeit, vielleicht auch das Überleben der Gewerkschaften als Interessensorganisationen der arbeitenden Menschen entscheiden.

"Welche inneren Widersprüche sehen wir in der Entwicklung des Neoliberalismus?" wurde aus dem Publikum gefragt. Sei eine qualifizierte Produktion, die immer mehr den mitdenkenden "Mitarbeiter" benötige, künftig über-

haupt möglich mit Beschäftigten, die permanent um ihre Arbeitsplätze fürchten müssen? Entständen daraus Selbstauflösungstendenzen des Neoliberalismus?

Seppmann verwies darauf, dass das Kapital teilweise auch konzeptionslos auf neue Trends reagiere. So überlege man in einigen Branchen, wo es opportun ist, wo Kreativität gefragt sei, den Druck abzumildern, in anderen setze man gerade auf verstärkte Repression. Wobei die Kurzatmigkeit der Vorgehensweise natürlich etwas mit der objektiven Widersprüchlichkeit zu tun habe. Die grundsätzlichen Antworten auf diese Widersprüchlichkeiten aber sehe man in den Konzeptionen der sozialen Spaltung, die ein Systemeffekt seien. Wenn die dominierenden Gruppen ihre Vormachtstellung aufrecht erhalten wollen, dann müssen sie diese Spaltungen exekutieren.

Lässt sich qualifizierte Arbeit mit Menschen machen, die ständig Angst um ihren Arbeitsplatz haben müssen? Leo Mayer verwies auf ein Beispiel aus dem Betrieb. KollegInnen waren in Kaizen-Zirkeln zusammengefasst, wo ihnen die Ideologie vermittelt wurde, dass sie sich als "Mitunternehmer" schöpferisch in das Unternehmen einbringen sollten. Als sie nachmittags an ihre Arbeitsplätze zurückkehrten, konnten sie dem Intranet entnehmen, dass die Firma beabsichtige, den gesamten Bereich nach Ungarn zu verlagern. "Da war dann nichts mehr mit Mitunternehmer". Das seien die realen Widersprüche dieses Kapitalismus. Auf der einen Seite wolle man das Gold aus den Köpfen der Menschen schöpfen und suggeriere dabei "Euch gehört ja der Betrieb, zumindest virtuell" – auf der anderen Seite gebe es dann die Kapitallogik, die unternehmerische Entscheidungen hervorrufe, wo dann nichts mehr von dem "Mitunternehmer" übrig bleibe. Und diejenigen, die im Betrieb bleiben, sind natürlich "geprägt von diesem Personalabbau, sind geprägt von der Angst, aber auch, wie z.B. in unserem Betrieb, geprägt von dem erfolgreichen Widerstand. Das sind diese realen Widersprüche und ich meine, dass eine Alternative sich nur aus diesen realen Widerspruchsprozessen entwickeln kann. Es nützt uns nichts, am Grünen Tisch etwas zu entwickeln, was schön wäre, was aber keine Verankerung in den Arbeits- und Lebenserfahrungen der Menschen hat".

Leo Mayer konkretisierte den Gedanken am Beispiel der Flexibilisierung. Sie war ja mit dem Versprechen der Zeitsouveränität, der positiven Gestaltungsmöglichkeiten bei Gleitzeit vermittelt worden. Jetzt stelle sich heraus, dass die Beschäftigten dadurch total den konjunkturellen und betrieblichen Anforderungen des Kapitals unterworfen werden. Dennoch gelte es, an den positiven Vorstellungen der Menschen von Zeitsouveränität anzuknüpfen. Es gehe darum, wieder neue Zeitkulturen zu diskutieren, dass es ein persönliches Gestaltungsrecht über die Arbeitszeit gebe und dieses umso größer sei, je kürzer die Arbeitszeit sei. Obwohl wir gegenwärtig gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit kämpfen, müsse in diesem Kampf die Debatte um Verkürzung der Arbeitszeit eröffnet werden, aus Gründen der Beschäftigungspolitik und der Zeitsouveränität. In der argumentativen Verbindung dieser Elemente und der realen Konfrontation mit dem Kapital könnte auch ein Stück gesellschaftliche Utopie sichtbar gemacht werden. Nicht abstrakt, sondern konkret "Wie wollen wir leben, wie wollen wir arbeiten, wie soll das gestaltet werden. Es gilt die Neugier nach einer anderen Welt zu wecken".

Die Tiefe der politischen Krise, die wir zur Zeit durchleben hängt nach Ansicht Seppmanns damit zusammen, dass den meisten die Alternativen so oder so abhanden kamen. Den einen die Alternative "Realer Sozialismus", den anderen die "Zivilisierung des Kapitalismus durch reformerische Gestaltung". Wir müssten heute Alternativen diskutieren, uns um Alternativen bemühen, die für die Menschen lebenspraktisch nachvollziehbar seien. Es sei das Naheliegende, an eine Lebenssituation anzuknüpfen, die dadurch gekennzeichnet sei, dass die einen bis zum Umfallen arbeiten und die anderen, die schon umgefallen sind, am Rande dahin vegetieren müssen. Daraus ergeben sich zwangsläufig die naheliegenden Fragen über die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und die Organisation des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses. Damit ließe sich eine neue Diskussion in Gang setzen, aus der sich dann auch die Perspektiven einer konkreten Utopie ergeben.

Conrad Schuhler ging nochmal auf die Frage "innere Widersprüche" ein und verwies in diesem Zusammenhang auf seine Untersuchung "Der Wandel der Unternehmenskultur durch Wissensproduktion und Globalisierung am Beispiel des Siemens-Konzerns", die er als isw-Mitarbeiter im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführt habe. Danach habe bei Siemens 2001 eine Wende in der Unternehmenspolitik stattgefunden, die sich etwa so zusammen fassen lasse: "Wir kommen bei der Belegschaft mit unserem Angebot an Kooperation nicht durch, da ziehen zu wenige mit., wir müssen übergehen zu Angst und Schrecken". Leo habe zwar darauf hingewiesen, dass dadurch die Arbeit und Produkte schlechter werden, dennoch habe es dazu geführt, dass bei Siemens der Gewinn

enorm zunahm. Es funktioniere also. Angst, Terror, das Vorzeigen des Scheiterns anderer – das alles habe die Menschen enorm angetrieben.

Die inneren Widersprüche des globalen Kapitalismus an sich lähmen also nicht das Kapital, sondern nur, wenn die von Widersprüchen negativ Betroffenen sich wehren, wenn die Menschen, die auf der negativen Seite des Widerspruchs sitzen, aktiv werden. Wichtig sei dabei, an den konkreten Lebensverhältnissen anzuknüpfen, den Kampf um Arbeits- und Lebensbedingungen ins Zentrum zu stellen. Ansatzpunkte gebe es aber auch in der Friedensfrage, der ökologischen Frage, Fragen der Moral: Wie behandelt ein System Menschen – das seien Fragen, die immer wichtiger würden.

Die Frage des Ziels sei für ihn relativ abstrakt. Jedenfalls könne man nicht a priori voraussetzen, dass dieser Kampf zu einem Gesellschaftssystem jenseits des Kapitalismus führe. Das hänge davon ab, was in diesen Auseinandersetzungen passiere. Große Teile der sozialen Bewegungen dächten heute nicht an eine Perspektive jenseits des Kapitalismus, sondern an die Abwehr der schlimmsten Zumutungen des Neoliberalismus. Ob der Kapitalismus in diesen Konflikten zu einer "humaneren" Form gezwungen werden kann, wie Michael Wendl es sich vorstellen kann, sei für ihn eine offene Frage. Entscheidend sei der Bruch mit der Logik und der Macht des globalen, neoliberal strukturierten Kapitalismus.

Zusammenfassung der Diskussion  
Fred Schmid

## **Referenten des 12. isw-forums**

---

Mayer, Leo  
Mitarbeiter des isw

Müller, Wolfgang  
Leiter des Siemens-Teams der IG Metall

Schuhler, Conrad – Diplom-Volkswirt  
Vorsitzender des isw

Seppmann, Werner – Dr., Sozialwissenschaftler  
Mitherausgeber der Marxistischen Blätter

Wendl, Michael  
stellvertretender Vorsitzender ver.di Bayern